



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

**GERMAN MOTION
PICTURE FUND
GMPF**

**RICHTLINIE
DER BKM**

INHALTSVERZEICHNIS

§1 Förderpolitische Zielsetzung und Grundsätze	02
§2 Gegenstand der Förderung/Begriffsbestimmungen	03
§2.1 Gegenstand der Förderung	03
§2.2 Begriffsbestimmungen	03
§3 Zuwendungsempfänger oder Zuwendungsempfängerin	04
§4 Allgemeine Zuwendungsvoraussetzungen	05
§4.1 Kumulierung mit anderen Fördermitteln	05
§4.2 Kein Verstoß gegen deutsche Gesetze	05
§4.3 Beginn der Dreh- oder Animationsarbeiten	05
§4.4 Anreizeffekt	05
§4.5 Eigenschaftstest	05
§4.6 Archivierung	06
§4.7 Hinweispflichten	06
§5 Spezielle Zuwendungsvoraussetzungen für Filme	06
§5.1 Vorführdauer	06
§5.2 Mindestgesamtherstellungskosten und Mindesthöhe der deutschen Herstellungskosten	06
§5.3 Auswertung in deutscher Sprache	07
§6 Spezielle Zuwendungsvoraussetzungen für Serien	07
§6.1 Vorführdauer, Beteiligung deutscher Rundfunkveranstalter	07
§6.2 Mindestgesamtherstellungskosten und Mindesthöhe der deutschen Herstellungskosten	07
§6.3 Auswertung in deutscher Sprache	08
§7 Art, Umfang und Höhe der Zuwendung	08
§7.1 Art der Zuwendung	08
§7.2 Bezugspunkt der Zuwendung	08
§7.3 Film: Höhe der Zuwendungen	09
§7.4 Serien: Höhe der Zuwendungen	09
§7.5 Nachbewilligung	09
§8 Verfahren	10
§8.1 Antrag	10
§8.2 Bewilligung	10
§8.3 Anforderung und Auszahlung	11
§8.4 Verwendungsnachweisverfahren	12
§8.5 Zu beachtende Vorschriften	12
§9 Verarbeitung von Daten	12
§10 Evaluierung der Maßnahme	12
§11 Übergangsregelung	13
§12 Inkrafttreten/Außerkräfttreten	13
Anlage 1: Eigenschaftstest für Spielfilme und fiktionale Serien	14
Anlage 2: Eigenschaftstest für reine Animationsfilme und -serien	17
Anlage 3: Eigenschaftstest für Dokumentarfilme und Dokumentarserien	20
Anlage 4: Grundsätze sparsamer Wirtschaftsführung	22
Anlage 5: Bestimmung der Herstellungskosten	23
Anlage 6: Digitales Filmschaffen	25
Anlage 7: Ökologische Standards für deutsche Kino-, TV- und Online-/VoD-Produktionen	26
Kontakt	35

§1 FÖRDERPOLITISCHE ZIELSETZUNG UND GRUNDSÄTZE

(1) Mit dem Förderprogramm der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) sollen die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des Filmstandorts Deutschland gestärkt werden. Es soll ein Beitrag zu Erhalt, Auslastung und Ausbau der audiovisuellen Infrastruktur in Deutschland und zur Förderung technisch-kreativer Dienstleistungen in der deutschen Filmwirtschaft geleistet werden, welche die Voraussetzungen für kreatives und kulturelles Schaffen im digitalen Zeitalter bilden. Unterstützt werden soll vor allem auch die weitere Digitalisierung des deutschen Filmschaffens, um innovatives, kreatives Arbeiten auf allen Stufen des Herstellungsprozesses und der Wertschöpfungskette der Filmproduktion zu fördern, international anerkannte Produktionsstandards durchzusetzen und die Realisierung international erfolgsträchtiger Stoffe unter Beteiligung der deutschen Filmwirtschaft sowie die Entstehung digitaler Inhalte als Hauptwachstumskräfte der digitalen Wirtschaft anzuregen. Zu diesen Zwecken kann die Herstellung von Filmen und Serien als Wirtschafts- und Kulturgut gefördert werden.

Die Förderung soll weiterhin dazu beitragen:

- die Attraktivität des Filmproduktionsstandorts Deutschland zu steigern,
- den Einsatz und die Fortentwicklung kreativer, innovativer Technologien und das digitale Filmschaffen in der Filmwirtschaft aus Deutschland auf jeder Stufe des Herstellungsprozesses zu unterstützen,
- die Produktionskapazitäten für technisch-kreative Dienstleistungen in Deutschland zu erhalten und zu stärken,
- einen Wissens- und Technologietransfer bei der Herstellung von Filmen und Serien zu unterstützen, und
- Produzentinnen und Produzenten anzuregen, innovative Formate in Deutschland umzusetzen, und ihnen dabei größtmöglichen kreativen und kulturellen Freiraum zu sichern.

(2) Die BKM gewährt Zuwendungen nach Maßgabe dieser Richtlinie und der §§ 23, 44 Bundeshaushaltsordnung (BHO) sowie den hierzu erlassenen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften für die Herstellung von Filmen und Serien. Die Ausgaben werden aus Kap. 0452 Tit. 683 22 im Rahmen der jeweils veranschlagten Mittel und Verpflichtungsermächtigungen finanziert.

(3) Bewilligungs- und Abwicklungsbehörde ist die Filmförderungsanstalt (FFA), Große Präsidentenstraße 9, 10178 Berlin. Sie unterliegt für diese Maßnahme der Rechts- und Fachaufsicht der BKM.

(4) Ein Anspruch des beantragenden Herstellers auf Gewährung der Zuwendung einschließlich etwaiger Nachbewilligungen nach § 7.5 besteht nicht. Die FFA entscheidet auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens. Die Gewährung der Zuwendung einschließlich etwaiger Nachbewilligungen nach § 7.5 steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der veranschlagten Haushaltsmittel.

(5) Förderungen nach dieser Richtlinie werden auf Grundlage von Art. 54 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (EU) Nr. 651/2014 vom 17. Juni 2014 (EU-ABl. L 178/1 vom 26. Juni 2014) in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2023/1315 der Kommission vom 23. Juni 2023 (EU-ABl L 167/1 vom 30. Juni 2023) (AGVO) gewährt. Einem Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedstaat gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, darf keine Förderung nach dieser Richtlinie gewährt werden. Ebenso sind von der Förderung Unternehmen in Schwierigkeiten nach Art. 1 Abs. 4 Buchst. c AGVO ausgeschlossen. Unternehmen in Schwierigkeiten sind Unternehmen, auf das mindestens einer der Umstände nach Art. 2 Nr. 18 Buchst. a-e AGVO zutrifft.

§2 GEGENSTAND DER FÖRDERUNG/ BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

§2.1 GEGENSTAND DER FÖRDERUNG

(1) Gefördert wird die Herstellung von Filmen, die nicht für eine Erstauswertung im Kino bestimmt und geeignet sind, und die Herstellung von Serien.

(2) Förderfähig sind programmfüllende Filme, bei denen der deutsche Finanzierungsanteil mindestens 20 Prozent beträgt. Bei Herstellungskosten über 35 Millionen Euro reicht ein deutscher Finanzierungsanteil von mindestens 7 Millionen Euro aus.

(3) Förderfähig sind programmfüllende Serien, unabhängig davon, ob sie für die lineare oder non-lineare Rezeption bestimmt sind. Eine Serie im Sinne dieser Richtlinie hat eine fortlaufende oder durch ein übergeordnetes Thema verbundene fiktionale Handlung oder ein dokumentarisches Thema, welche oder welches in einer von vornherein festgelegten Anzahl von bei fiktionalen Serien mindestens vier und bei dokumentarischen Serien mindestens drei fortlaufenden Episoden umgesetzt wird (Staffel). Es können ganze Staffeln oder einzelne Episoden einer Staffel gefördert werden.

§2.2 BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

(1) Gesamtherstellungskosten des Films oder der Serie im Sinne dieser Richtlinie sind alle Kosten, die insgesamt für die Herstellung des Films oder der Serie anfallen.

(2) Herstellungskosten im Sinne dieser Richtlinie sind alle Kosten gemäß Anlage 5 Ziffer 1.

(3) Deutsche Herstellungskosten sind Herstellungskosten, die auf von Unternehmen bzw. deren Angestellten und freien Mitarbeitenden sowie von Selbständigen in Deutschland erbrachte filmnahe Lieferungen oder Leistungen nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen entfallen:

1. Personengebundene Leistungen

Löhne, Gehälter, Gagen und Honorare werden als deutsche Herstellungskosten anerkannt, wenn und soweit sie in Deutschland Gegenstand der unbeschränkten oder beschränkten Steuerpflicht sind. Die im Rahmen der Produktion des Films oder der Serie Beschäftigten sind in einer branchenüblichen Stab- und Besetzungsliste unter Angabe des steuerlich relevanten Wohn- und Geschäftssitzes anzugeben.

2. Unternehmensgebundene Leistungen

Leistungen von Unternehmen werden nur dann als deutsche Herstellungskosten anerkannt, wenn

- das die Leistung erbringende Unternehmen nachweislich seinen Geschäftssitz oder eine Niederlassung in Deutschland hat und dort in das Handelsregister eingetragen ist bzw. eine Gewerbeanmeldung vorliegt und
- das die Leistung erbringende Unternehmen oder die Niederlassung zum Zeitpunkt der Leistungserbringung mindestens einen fest angestellten Mitarbeiter oder eine fest angestellte Mitarbeiterin mit Arbeitsort in Deutschland beschäftigt und
- die detaillierte Rechnungslegung der Leistung über das Unternehmen oder die Niederlassung erfolgt und
- die in Rechnung gestellte Leistung tatsächlich vollständig in Deutschland erstellt oder erbracht oder das dabei verwendete Material tatsächlich vollständig in Deutschland bezogen wird und die zur Erbringung der Leistung notwendige technische Ausstattung tatsächlich in Deutschland eingesetzt wird. Für mobile filmtechnische Ausrüstung (z. B. Kamera-, Licht-, Tonausrüstung) gilt, dass diese aus Deutschland bezogen (d. h. gekauft, geleast oder gemietet) werden muss.

§3 ZUWENDUNGSEMPFÄNGER ODER ZUWENDUNGSEMPFÄNGERIN

(1) Zuwendungsempfänger oder Zuwendungsempfängerin ist bei Vorliegen sämtlicher Zuwendungsvoraussetzungen der Antragsteller oder die Antragstellerin.

(2) Antragsteller oder Antragstellerin kann der Hersteller von Filmen oder Serien im Sinne dieser Richtlinie sein. Hersteller ist, wer für die Herstellung des Projekts bis zur Lieferung der Nullkopie verantwortlich oder im Falle einer Koproduktion mitverantwortlich ist und in die Herstellung aktiv eingebunden ist. Eine rein finanzielle Beteiligung des Herstellers ist nicht ausreichend.

(3) Nicht antragsberechtigt sind öffentlich-rechtliche und private Rundfunkveranstalter sowie Anbieter von Videoabrufdiensten.

(4) Der beantragende Hersteller muss seinen Wohn- oder Geschäftssitz in Deutschland, einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU), einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Staat) oder der Schweiz haben. Sofern der beantragende Hersteller seinen Wohn- oder Geschäftssitz nicht in Deutschland hat, muss er zum Zeitpunkt der Auszahlung eine Niederlassung in Deutschland haben.

(5) Wird das Projekt von der deutschen Tochtergesellschaft oder Niederlassung eines Herstellers mit Geschäftssitz außerhalb der EU, des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweiz hergestellt, so sind sämtliche Bewilligungsvoraussetzungen von der deutschen Tochtergesellschaft oder Niederlassung zu erfüllen. Der Antrag kann nur von der deutschen Tochtergesellschaft oder Niederlassung gestellt werden.

(6) Der beantragende Hersteller oder – im Fall der Herstellung durch eine allein zum Zweck der Herstellung des der Antragstellung zugrunde liegenden Projekts gegründeten Gesellschaft – ein mit ihm gesellschaftlich verbundenes Unternehmen muss als Unternehmen oder als für eine Produktion verantwortliche Person innerhalb der letzten fünf Jahre vor Antragstellung mindestens einen programmfüllenden Film (Referenzfilm) oder eine programmfüllende Serie (Referenzserie) in Deutschland, einem anderen Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat oder der Schweiz hergestellt haben. Der Referenzfilm oder die Referenzserie muss in deutschen Kinos, im deutschen Fernsehen oder bei von Deutschland aus zugänglichen Videoabrufdiensten ausgewertet worden sein. Handelt es sich bei dem Referenzfilm oder der Referenzserie um eine internationale Koproduktion mit einer Beteiligung eines Herstellers aus einem Drittland, das nicht Mitgliedstaat der EU, nicht EWR-Staat oder nicht die Schweiz ist, muss der beantragende Hersteller den Referenzfilm allein oder als an der Koproduktion beteiligter Hersteller mit Mehrheitsbeteiligung hergestellt haben. Der Vorstand der FFA kann in begründeten Ausnahmefällen von der Voraussetzung einer Mehrheitsbeteiligung absehen, wenn die fachliche Eignung des beantragenden Herstellers außer Zweifel steht.

(7) Erfüllen bei einer Koproduktion mehrere Hersteller die Bewilligungsvoraussetzungen, kann der Antrag nur von einem der Hersteller gestellt werden. Über diesen haben sich die an der Koproduktion beteiligten Hersteller zu einigen und gegenüber der FFA eine entsprechende gemeinsame Erklärung bei der Antragsstellung abzugeben.

§4 ALLGEMEINE ZUWENDUNGSVORAUSSETZUNGEN

§4.1 KUMULIERUNG MIT ANDEREN FÖRDERMITTELN

(1) Nach dieser Förderrichtlinie gewährte Förderungen können mit anderen staatlichen Beihilfen kumuliert werden, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimmbar beihilfefähige Kosten betreffen, sowie mit anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Kosten, sofern dadurch die höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität beziehungsweise der höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrags nicht überschritten wird. Soweit nach deutschem oder europäischem Recht Höchstgrenzen für die Kumulierung von staatlichen Fördermitteln festgelegt sind, gelten diese auch für die Förderung nach dieser Förderrichtlinie.

(2) Die Beihilfeintensität aller für ein Projekt gewährten Beihilfen ist grundsätzlich auf 50 Prozent der jeweiligen Gesamtherstellungskosten zu beschränken. Die Beihilfeintensität kann wie folgt erhöht werden: Bei grenzüberschreitenden Projekten, die durch mehr als einen Mitgliedstaat der EU finanziert werden und an denen Produzenten oder Produzentinnen aus mehr als einem Mitgliedstaat beteiligt sind, kann die Beihilfeintensität bis zu 60 Prozent der jeweiligen Gesamtherstellungskosten betragen.

§4.2 KEIN VERSTOSS GEGEN DEUTSCHE GESETZE

Zuwendungen dürfen nicht gewährt werden, wenn der Film oder die Serie verfassungsfeindliche oder gesetzeswidrige Inhalte enthält. Gleiches gilt für Filme oder Serien, die unter Berücksichtigung des dramaturgischen Aufbaus, des Drehbuchs, der Gestaltung, der schauspielerischen Leistung, der Animation, der Kameraführung oder des Schnitts nach dem Gesamteindruck von geringer Qualität sind. Nicht zu fördern sind ferner Filme oder Serien, die einen pornographischen oder gewaltverherrlichenden Schwerpunkt haben oder offenkundig religiöse Gefühle tiefgreifend und unangemessen verletzen. Die Entscheidung über das Vorliegen der Voraussetzungen für eine Versagung der Zuwendungen trifft der Vorstand der FFA.

§4.3 BEGINN DER DREH- ODER ANIMATIONSARBEITEN

Mit den Dreh- oder Animationsarbeiten darf erst nach Erteilung des Zuwendungsbescheides begonnen werden. Als Drehbeginn gilt der erste reelle oder virtuelle Drehtag. Der beantragende Hersteller kann bei der FFA einen Antrag auf vorzeitigen Drehbeginn oder vorzeitigen Beginn der Animationsarbeiten stellen, über welchen die FFA nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung der zu § 44 BHO erlassenen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften entscheidet.

§4.4 ANREIZEFFEKT

Im Antrag ist die Notwendigkeit der Zuwendung und der mit einer Förderung verbundene Anreizeffekt für den Film- und Wirtschaftsstandort Deutschland darzustellen (insbesondere, dass das Projekt ohne die Förderung nicht in diesem Umfang in Deutschland durchgeführt werden würde).

§4.5 EIGENSCHAFTSTEST

(1) Die Förderung eines Spielfilms oder einer fiktionalen Serie setzt voraus, dass das Projekt mindestens 40 Punkte im Rahmen des Eigenschaftstests aus Anlage 1 erreicht.

(2) Die Förderung reiner Animationsfilme- oder-serien setzt voraus, dass das Projekt mindestens 28 Punkte im Rahmen des Eigenschaftstests aus Anlage 2 erreicht.

(3) Die Förderung dokumentarischer Filme und Serien setzt voraus, dass das Projekt mindestens 23 Punkte im Rahmen des Eigenschaftstests aus Anlage 3 erreicht.

§4.6 ARCHIVIERUNG

Der beantragende Hersteller ist verpflichtet, dem Bundesarchiv Filmarchiv eine technisch einwandfreie analoge oder unkomprimierte digitale Kopie des geförderten Projektes in einem archivfähigen Format unentgeltlich zu übereignen, soweit dieser Verpflichtung nicht schon anderweitig nachgekommen wurde. Soweit der beantragende Hersteller nach Maßgabe dieser Richtlinie zur Herstellung einer barrierefreien Fassung des Projekts verpflichtet ist, gilt Satz 1 auch für die barrierefreie Fassung. Näheres regeln die Bestimmungen des Bundesarchivs.

§4.7 HINWEISPFLICHTEN

Bei geförderten Projekten muss im nationalen und internationalen Vor- oder Abspann sowie auf allen Werbeträgern an gut wahrnehmbarer Stelle ein Hinweis auf die Förderung nach dieser Richtlinie eingeblendet bzw. abgebildet werden. Zudem ist das Logo der BKM an gut wahrnehmbarer Stelle im Einklang mit dem Styleguide der Bundesregierung einzublenden bzw. abzubilden.

§ 4.8 ÖKOLOGISCHE STANDARDS

Bei der Herstellung der Serie oder des Films müssen die ökologischen Standards gemäß Anlage 7 erfüllt werden.

§5 SPEZIELLE ZUWENDUNGSVORAUSSETZUNGEN FÜR FILME

§5.1 VORFÜHRDAUER

Die Zuwendung wird für programmfüllende Filme gewährt. Ein Film ist programmfüllend, wenn die Vorführdauer mindestens 79 Minuten, bei Kinderfilmen 59 Minuten umfasst.

§5.2 MINDESTGESAMTHERSTELLUNGSKOSTEN UND MINDESTHÖHE DER DEUTSCHEN HERSTELLUNGSKOSTEN

(1) Die Gesamtherstellungskosten müssen mindestens 25 Millionen Euro betragen. Es gelten die Grundsätze der sparsamen Wirtschaftsführung gemäß Anlage 4 dieser Richtlinie.

(2) Die deutschen Herstellungskosten müssen sich auf mindestens 40 Prozent der Gesamtherstellungskosten belaufen. Satz 1 gilt nicht, wenn die deutschen Herstellungskosten mindestens 13 Millionen Euro betragen. In Ausnahmefällen kann auf Antrag von den Mindestanforderungen der Sätze 1 und 2 abgewichen werden, wenn über alle Phasen des gesamten Herstellungsprozesses betrachtet, mindestens 3 Millionen Euro für digitales Filmschaffen in Deutschland im Sinne der Anlage 6 aufgewendet werden. Über den Antrag entscheidet der Vorstand der FFA nach pflichtgemäßem Ermessen in Abstimmung mit der BKM.

§5.3 AUSWERTUNG IN DEUTSCHER SPRACHE

(1) Der Film muss im deutschen Fernsehen oder bei aus Deutschland zugänglichen Videoabrufdiensten ausgewertet werden. Die beabsichtigte Auswertung muss der FFA zum Zeitpunkt der Antragstellung glaubhaft gemacht werden. Die tatsächliche Auswertung in Deutschland muss innerhalb eines Jahres nach Fertigstellung des Films nachgewiesen werden. In begründeten Ausnahmefällen kann der Vorstand der FFA die Frist einmalig verlängern.

(2) Die Zuwendung wird nur für Filme gewährt, bei denen wenigstens eine Endfassung des Films, abgesehen von Dialogstellen, für die nach dem Drehbuch eine andere Sprache vorgesehen ist, in deutscher Sprache hergestellt wird. Für die Sprachfassung des Films ist eine für die Auswertung im deutschen Fernsehen oder bei aus Deutschland zugänglichen Videoabrufdiensten taugliche, deutsch Untertitelte Fassung ausreichend. Die deutsche Sprachfassung muss der FFA vor Auszahlung der letzten Rate der bewilligten Zuwendung und spätestens nach Ablauf der im Antrag angegebenen Projektlaufzeit vorgelegt werden.

(3) Zusätzlich muss der FFA zum Auswertungsbeginn die barrierefreie Fassung des Films vorliegen. Die barrierefreie Fassung ist die Endfassung in einer Version mit deutscher Audiodeskription und mit deutschen Untertiteln für Hörgeschädigte. Auf Antrag kann der Vorstand der FFA ausnahmsweise von dem Erfordernis einer barrierefreien Fassung absehen.

§6 SPEZIELLE ZUWENDUNGSVORAUSSETZUNGEN FÜR SERIEN

§6.1 VORFÜHRDAUER, BETEILIGUNG DEUTSCHER RUNDFUNKVERANSTALTER

(1) Die Zuwendung wird für programmfüllende Serien gewährt. Eine Serie ist programmfüllend, wenn die Spieldauer bei fiktionalen und animierten Serien mindestens 240 Minuten und bei dokumentarischen Serien mindestens 180 Minuten pro Staffel umfasst.

(2) Sofern ein deutscher Rundfunkveranstalter an der Finanzierung der Serie beteiligt ist, wird die Zuwendung nur gewährt, wenn der Finanzierungsanteil des deutschen Rundfunkveranstalters oder des mit ihm gesellschaftsrechtlich verbundenen Unternehmens nicht mehr als 60 Prozent beträgt. Wird die Serie nicht in deutscher Sprache gedreht, gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass deutsche Rundfunkveranstalter mit maximal 70 Prozent an der Finanzierung beteiligt sein dürfen.

(3) Auf Antrag kann der Vorstand der FFA in begründeten Ausnahmefällen Abweichungen von Absatz 2 zulassen. Dabei wird er unter anderem berücksichtigen, ob und inwiefern die Herstellung der Serie durch den Verkauf ausländischer Auswertungsrechte finanziert und/oder refinanziert werden kann.

§6.2 MINDESTGESAMTHERSTELLUNGSKOSTEN UND MINDESTHÖHE DER DEUTSCHEN HERSTELLUNGSKOSTEN

(1) Bei fiktionalen Serien müssen die Gesamtherstellungskosten mindestens 30.000 Euro pro Minute betragen. Satz 1 gilt nicht, wenn die Gesamtherstellungskosten mindestens 1,2 Millionen Euro pro Episode und mindestens 7,2 Millionen Euro pro Staffel betragen.

(2) Bei dokumentarischen Serien müssen die Gesamtherstellungskosten mindestens 9.000 Euro pro Minute betragen. Satz 1 gilt nicht, wenn die Gesamtherstellungskosten mindestens 360.000 Euro pro Episode und mindestens 1,65 Millionen Euro pro Staffel betragen; ein Minutenpreis von 7.000 Euro darf nicht unterschritten werden.

(3) Es gelten die Grundsätze der sparsamen Wirtschaftsführung gemäß Anlage 4 dieser Richtlinie.

(4) Die deutschen Herstellungskosten müssen sich auf mindestens 40 Prozent der Gesamtherstellungskosten belaufen. Sofern die deutschen Herstellungskosten bei fiktionalen Serien mindestens 10 Millionen Euro und bei dokumentarischen Serien mindestens 3 Millionen Euro betragen, gilt Satz 1 nicht. In Ausnahmefällen kann auf Antrag von den Mindestanforderungen der Sätze 1 und 2 abgewichen werden, wenn über alle Phasen des Herstellungsprozesses betrachtet, mindestens 3 Millionen Euro für digitales Filmschaffen in Deutschland im Sinne der Anlage 6 aufgewendet werden. Über den Antrag entscheidet die FFA nach pflichtgemäßem Ermessen in Abstimmung mit der BKM.

§6.3 AUSWERTUNG IN DEUTSCHER SPRACHE

(1) Die Serie muss im deutschen Fernsehen oder bei aus Deutschland zugänglichen Videoabrufdiensten ausgewertet werden. Die beabsichtigte Auswertung muss der FFA spätestens zum Zeitpunkt der Antragstellung glaubhaft gemacht werden. Innerhalb eines Jahres nach Fertigstellung muss die tatsächliche Auswertung bzw. Programmierung im deutschen Fernsehen oder bei aus Deutschland zugänglichen Videoabrufdiensten nachgewiesen werden. In begründeten Ausnahmefällen kann der Vorstand der FFA die Frist einmalig verlängern.

(2) Die Zuwendung wird nur für Serien gewährt, bei denen wenigstens eine Endfassung der Serie, abgesehen von Dialogstellen, für die nach dem Drehbuch eine andere Sprache vorgesehen ist, in deutscher Sprache hergestellt wird. Eine deutsch untertitelte Fassung ist ausreichend. Die deutsche Sprachfassung muss der FFA vor Auszahlung der letzten Rate der bewilligten Zuwendung, spätestens vor Beginn der Erstauswertung vorgelegt werden.

(3) Zusätzlich muss der FFA zum Sendestart in Deutschland die barrierefreie Fassung der geförderten Serie nachgewiesen werden. Die barrierefreie Fassung ist die Endfassung in einer Version mit deutscher Audiodeskription und mit deutschen Untertiteln für Hörgeschädigte. Auf Antrag kann der Vorstand der FFA in begründeten Ausnahmefällen von dem Erfordernis einer barrierefreien Fassung absehen.

§7 ART, UMFANG UND HÖHE DER ZUWENDUNG

§7.1 ART DER ZUWENDUNG

Die Zuwendung wird als Zuschuss im Wege der Projektförderung bewilligt. Die Zuwendung wird als Anteilfinanzierung gewährt. Dies setzt einen Finanzierungsbedarf des beantragenden Herstellers mindestens in Höhe der Zuwendung voraus. Die Bemessung der Zuwendungshöhe nach § 7.3 bzw. § 7.4 Absatz 1 und Absatz 2 bleibt unberührt.

§7.2 BEZUGSPUNKT DER ZUWENDUNG

(1) Bemessungsgrundlage für die Höhe der Zuwendung sind die deutschen Herstellungskosten, höchstens jedoch 80 Prozent der Gesamtherstellungskosten.

(2) Nicht zuwendungsfähig sind:

- Allgemeine Vorkosten (gemäß Anlage 5 Ziffer 7)
- Kosten für Stoffrechte und Rechte an anderen vorbestehenden Werken (inkl. vorbestehender Musik). Ausgenommen sind Honorare für das dem Film oder der Serie zugrundeliegende Drehbuch sowie bei Dokumentarfilmen und Dokumentarserien Archivmaterial bis zu einer Höhe von 30 Prozent der deutschen Herstellungskosten.
- Rechtsberatungskosten
- Versicherungen
- Finanzierungskosten
- Reise- und Transportkosten für Schauspieler und Schauspielerinnen
- Handlungskosten (gemäß Anlage 5, tabellarische Übersicht C)
- Schauspielergagen, soweit sie 15 Prozent der deutschen Herstellungskosten übersteigen

- Überschreitungsreserve, soweit sie nicht bei der Schlusskostenabrechnung zugunsten zuwendungsfähiger Lieferungen und Leistungen aufgelöst werden kann.
- Beistellungen und zurückgestellte Gagen für Leistungen der an der Filmherstellung Beteiligten sowie zurückgestellte Handlungskosten
- Kosten für Dreharbeiten im Ausland, ungeachtet dessen, ob es sich um deutsche Herstellungskosten im Sinne des § 2.2 Absatz 3 handelt, soweit diese nicht den Anforderungen des Absatz 3 entsprechen.

(3) Erfordern im Drehbuch enthaltene zwingende dramaturgische Vorgaben, dass Außendreharbeiten durchgeführt werden, die nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigen Aufwand in Deutschland durchgeführt werden können, so gelten die bei den aus diesen Gründen im Ausland durchgeführten Außendreharbeiten anfallenden Kosten abweichend von Absatz 2 bei Dokumentarfilmen und Dokumentarserien als zuwendungsfähige Herstellungskosten, sofern mindestens 65 Prozent der deutschen Herstellungskosten des Projekts ohne Berücksichtigung der für diese Außendreharbeiten im Ausland anfallenden Kosten erbracht werden.

(4) Kosten können in der Regel nur als zuwendungsfähige deutsche Herstellungskosten berücksichtigt werden, sofern sie innerhalb des von der FFA im Zuwendungsbescheid festgelegten Bewilligungszeitraums liegen. Kosten, die innerhalb eines Jahres vor Antragstellung entstehen und als zuwendungsfähige deutsche Herstellungskosten anerkannt werden können, dürfen nur als zuwendungsfähig berücksichtigt werden, sofern und soweit sie zur Antragstellung erforderlich sind.

§7.3 FILM: HÖHE DER ZUWENDUNGEN

Die Zuwendung beträgt bis zu 20 Prozent der zuwendungsfähigen deutschen Herstellungskosten, höchstens jedoch 2,5 Millionen Euro pro Film.

§7.4 SERIEN: HÖHE DER ZUWENDUNGEN

(1) Bei Serien beträgt die Zuwendung bis zu 20 Prozent der zuwendungsfähigen deutschen Herstellungskosten, höchstens jedoch pro Staffel

- 2,5 Millionen Euro bei Serien mit deutschen Herstellungskosten von bis zu 20 Millionen Euro,
- 4 Millionen Euro bei Serien mit deutschen Herstellungskosten von mehr als 20 Millionen Euro.

(2) Bei fiktionalen Serien mit deutschen Herstellungskosten von mindestens 24 Millionen Euro und mindestens 70 Punkten im kulturellen Eigenschaftstest gemäß Anlage 1 beträgt die Zuwendung bis zu 25 Prozent der zuwendungsfähigen deutschen Herstellungskosten, höchstens jedoch pro Staffel

- 6 Millionen Euro bei fiktionalen Serien mit deutschen Herstellungskosten von bis zu 32 Millionen Euro,
- 8 Millionen Euro bei fiktionalen Serien mit deutschen Herstellungskosten von bis zu 40 Millionen Euro,
- 10 Millionen Euro bei fiktionalen Serien mit deutschen Herstellungskosten von mehr als 40 Millionen Euro.

(3) Die Höhe der Zuwendung ist unabhängig davon, ob einzelne Episoden gefördert werden oder die ganze Staffel gefördert wird.

§7.5 NACHBEWILLIGUNG

(1) Eine nachträgliche Überschreitung der bei Antragstellung angegebenen und anerkannten deutschen Herstellungskosten wird grundsätzlich nicht berücksichtigt.

(2) Erhöhen sich die deutschen Herstellungskosten aufgrund höherer Gewalt oder damit vergleichbarer Umstände, kann der Vorstand der FFA auf Antrag des Herstellers in Abstimmung mit der BKM in begründeten Ausnahmefällen eine nachträgliche Erhöhung der Zuwendung (Nachbewilligung) bis zur Höhe der nach §§ 7.3, 7.4 jeweils maximal zulässigen prozentualen Zuwendungshöhe genehmigen. Die Nachbewilligung ist auf maximal 30 Prozent der ursprünglich gewährten Zuwendung begrenzt. Bemessungsgrundlage für die Höhe der Nachbewilligung ist die Höhe der zusätzlich entstandenen zuwendungsfähigen deutschen Herstellungskosten. Die Auszahlung des nachbewilligten Zuwendungsbetrages erfolgt in Abstimmung mit der BKM ratenweise unter

Berücksichtigung der jeweiligen Umstände des Einzelfalls. Der beantragende Hersteller hat den Antrag auf Nachbewilligung frühestmöglich schriftlich zu stellen und darin den Grund und die Höhe der entstandenen Mehrkosten substantiiert darzulegen.

§8 VERFAHREN

§8.1 ANTRAG

(1) Der schriftliche Antrag mit allen Anlagen ist an den German Motion Picture Fund c/o Filmförderungsanstalt (FFA), Große Präsidentenstraße 9, 10178 Berlin zu richten. Der Antrag kann per Post, Kurier oder persönlich eingereicht werden.

(2) Der Antrag muss spätestens sechs Wochen vor Drehbeginn eingereicht werden. Der Vorstand der FFA kann in begründeten Ausnahmefällen Abweichungen von dieser Frist zulassen. Eine Antragstellung nach Drehbeginn ist ausgeschlossen.

(3) Der Antrag muss den geplanten Zeitpunkt der Fertigstellung der Nullkopie und die von der FFA in den Durchführungsbestimmungen zu dieser Richtlinie festgelegten Angaben und Unterlagen enthalten. Soweit der Nachweis der Bewilligungsvoraussetzungen im Zeitpunkt der Antragsstellung nicht möglich ist, muss die Erfüllung der Bewilligungsvoraussetzungen glaubhaft gemacht werden. § 294 ZPO gilt entsprechend. In diesem Fall muss der Nachweis bis zum Zeitpunkt der Auszahlung der Zuwendung erfolgen. Ist für den Nachweis die Vorlage einer Rechnung erforderlich, muss diese auf den beantragenden Hersteller ausgestellt sein. Soweit Unterlagen nicht in deutscher Originalfassung vorliegen, kann die FFA von dem beantragenden Hersteller die Vorlage einer Übersetzung durch einen allgemein vereidigten Übersetzer oder eine allgemein vereidigte Übersetzerin oder eine Zusammenfassung der für die Bearbeitung des Antrags wesentlichen Inhalte auf Deutsch anfordern, deren Richtigkeit und Vollständigkeit vom Antragsteller zu bestätigen sind.

(4) Anträge werden in der Reihenfolge ihres Eingangs bei der FFA bearbeitet. Maßgeblich ist der im Eingangsstempel angegebene Eingangstag. Anträge, die am selben Kalendertag innerhalb der Geschäftszeiten der FFA eingehen, gelten als jeweils gleichzeitig eingegangen.

(5) Ist der Antrag unvollständig oder genügt er den Anforderung an die Glaubhaftmachung oder an den Nachweis der Bewilligungsvoraussetzungen nicht oder fehlen sonstige Angaben oder Unterlagen, kann die FFA dem beantragenden Hersteller eine Frist zur Vervollständigung seines Antrags setzen. Wird der Antrag nicht innerhalb der gesetzten Frist vervollständigt, ist der Antrag zurückzuweisen. Für dasselbe Projekt kann derselbe beantragende Hersteller höchstens zweimal einen erneuten Antrag stellen.

(6) Alle Antragsunterlagen werden Eigentum der BKM und bleiben im Besitz der FFA.

§8.2 BEWILLIGUNG

(1) Die Zuwendung wird durch schriftlichen Bescheid bewilligt. Maßgeblich für die Reihenfolge der Bewilligung von Zuwendungen ist der Tag, an dem der Antrag mit den erforderlichen Unterlagen vollständig vorliegt. Mehrere an einem Tag vollständig vorliegende Anträge werden als gleichzeitig eingegangene Anträge behandelt.

(2) Der Antrag darf erst bewilligt werden, wenn der beantragende Hersteller nachgewiesen hat, dass die Gesamterstellungskosten für das Projekt zu 75 Prozent finanziert sind.

(3) Der Bewilligungszeitraum wird von der FFA im Zuwendungsbescheid festgelegt.

(4) Die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) sind Bestandteil des Zuwendungsbescheides. Abweichend hiervon gilt Ziffer 3.1 ANBest-P erst ab einem Zuwendungsbetrag von 16 Millionen Euro. Der beantragende Hersteller hat Aufträge auch unterhalb dieses Zuwendungsbetrages nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben. Soweit möglich, sind dazu mindestens drei Angebote einzuholen. Verfahren und Ergebnisse sind zu dokumentieren. Als Zuwendungsbetrag gilt der Gesamtbetrag aller Zuwendungen aus Mitteln des Bundes und der Länder.

(5) Der Zuwendungsbescheid steht unter folgenden auflösenden Bedingungen (§ 36 Absatz 2 Nummer 2 VwVfG):

- 01.** Die Gesamtfinanzierung des Projektes muss innerhalb von drei Monaten nach Zugang des Zuwendungsbescheides, spätestens aber innerhalb der im Ausnahmefall nach Absatz 6 geltenden Fristen nachgewiesen werden. Die Frist beginnt gemäß §§ 31 und 41 Absatz 2 VwVfG am dritten Tag nach der Aufgabe des Nachweises zur Post bzw. nach der elektronischen Absendung des Bescheides.
- 02.** Innerhalb von vier Monaten nach Zugang des Zuwendungsbescheides, spätestens aber innerhalb der im Ausnahmefall nach Absatz 6 geltenden Fristen, muss mit den Dreh- bzw. Animationsarbeiten begonnen werden.
- 03.** Das Projekt muss innerhalb der im Antrag angegebenen Frist zur Fertigstellung der Nullkopie, spätestens aber innerhalb der im Ausnahmefall nach Absatz 6 geltenden Fristen, fertiggestellt werden.

(6) Auf Antrag des Herstellers kann einer Verlängerung der in Absatz 5 Nummern 1 bis 3 genannten Fristen nach pflichtgemäßem Ermessen wie folgt stattgegeben werden:

- 01.** Die FFA kann die Frist nach Absatz 5 Nummer 1 einmalig um einen Monat verlängern.
- 02.** Die FFA kann die Frist nach Absatz 5 Nummer 2 einmalig verlängern.
- 03.** Die FFA kann die Frist nach Absatz 5 Nummer 3 einmalig verlängern. Im besonderen Ausnahmefall kann der Vorstand der FFA einer zweiten Verlängerung dieser Frist stattgeben.
- 04.** Ist eine Fristverlängerung aufgrund höherer Gewalt oder damit vergleichbarer Umstände zwingend notwendig, kann der Vorstand der FFA im begründeten Ausnahmefall in Abstimmung mit der BKM weiteren Verlängerungen der Fristen nach Absatz 5 Nummer 1 bis 3 stattgeben.

Der Antrag auf Fristverlängerung muss jeweils begründet werden.

(7) Die FFA kann die Erfüllung der Bewilligungsvoraussetzungen durch die Aufnahme von weiteren Nebenbestimmungen in den Zuwendungsbescheid sicherstellen.

§8.3 ANFORDERUNG UND AUSZAHLUNG

(1) Die Auszahlung der Zuwendung an den beantragenden Hersteller erfolgt nach Fertigstellung der Nullkopie des Films oder der Serie zu dem bei Antragstellung angegebenen Zeitpunkt, nach Vorlage des Verwendungsnachweises und Prüfung der Schlusskosten. Der Nachweis der tatsächlich durchgeführten Auswertung im deutschen Fernsehen oder bei einem von Deutschland aus abrufbaren Videoabrufdienst kann auch nach der Auszahlung, spätestens jedoch 12 Monate nach Fertigstellung der Nullkopie, erbracht werden.

(2) Auf Antrag kann eine ratenweise Auszahlung nach Produktionsfortschritt erfolgen; in diesem Fall werden 33 Prozent der Zuwendung bei Drehbeginn und geschlossener Finanzierung, 33 % bei Fertigstellung des Rohschnitts und der Rest der Zuwendung nach Vorlage des Verwendungsnachweises und Prüfung der Schlusskosten ausgezahlt. Bei Serien gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass der Rohschnitt zu mindestens 50 Prozent der Staffel oder zu mindestens 50 Prozent der einzeln geförderten Episode fertiggestellt sein muss. Der Antrag ist zu begründen. Bei Zuwendungen von über 2 Millionen Euro muss für eine ratenweise Auszahlung zudem eine Fertigstellungsversicherung oder Bankbürgschaft in Höhe des auszahlenden Betrages vorgelegt werden. Eine Bürgschaft nach §§ 65, 86 FFG ist ausgeschlossen. Eine ratenweise Auszahlung darf nur gewährt werden, wenn sichergestellt ist, dass die ausgezahlten Mittel alsbald, spätestens jedoch innerhalb von sechs Wochen nach Auszahlung, verwendet werden. Der beantragende Hersteller hat bei Beantragung der Ratenzahlung nachzuweisen, dass diese Voraussetzung erfüllt ist. Der Hersteller hat vor Auszahlung der ersten Rate nachzuweisen, dass die ggf. nach § 8.1 Absatz 3 fehlenden Bewilligungsvoraussetzungen vorliegen und die Gesamtfinanzierung gesichert ist.

(3) Die Auszahlung ist zu versagen, wenn

- die ordnungsgemäße Finanzierung des Vorhabens nicht gewährleistet ist oder
- der beantragende Hersteller die Grundsätze sparsamer Wirtschaftsführung verletzt hat.

(4) Der Anspruch auf Auszahlung ist nur zum Zwecke der Zwischenfinanzierung an Banken oder sonstige Kreditinstitute abtretbar oder verpfändbar.

§8.4 VERWENDUNGSNACHWEISVERFAHREN

(1) Die FFA ist für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung sowie für die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der Mittel nach Maßgabe von § 8.5 Absatz 2 zuständig.

(2) Der Schlusskostenprüfer wird von der FFA bestimmt. Die Kosten der Prüfung trägt der beantragende Hersteller.

(3) Der Nachweis der Verwendung und die Prüfung der Schlusskosten sind in der Regel spätestens 2 Jahre nach Fertigstellung der Nullkopie zu erbringen.

(4) Bei Koproduktionen haften die an der Koproduktion beteiligten deutschen Hersteller gesamtschuldnerisch für die Rückzahlung der Zuwendung.

§8.5 ZU BEACHTENDE VORSCHRIFTEN

(1) Die in den Antragsvordrucken aufgelisteten Angaben und die Angaben in den Verwendungsnachweisen sind subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) in Verbindung mit § 2 Subventionsgesetz.

(2) Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die §§ 48 bis 49a VwVfG sowie die §§ 23, 44 BHO und die hierzu erlassenen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften, soweit nicht in diesen Förderrichtlinien Abweichungen von den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zugelassen worden sind. Der Bundesrechnungshof ist gemäß den §§ 91, 100 BHO zur Prüfung berechtigt.

(3) Wer Zuwendungen nach dieser Richtlinie beantragt, muss der FFA die für die Durchführung dieser Richtlinie erforderlichen Auskünfte erteilen und entsprechende Unterlagen vorlegen. Die Auskunftserteilung erfolgt aufgrund und nach Maßgabe der Vorgaben der FFA.

§9 VERARBEITUNG VON DATEN

(1) Die FFA verarbeitet Daten im Einklang mit den allgemeinen datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

(2) Es wird darauf hingewiesen, dass insbesondere die in der Mitteilung der Kommission über staatliche Beihilfen für Filme und andere audiovisuelle Werke (2013/C 332/01) (sog. Kinomitteilung) enthaltenen Transparenzvorschriften eingehalten und die in Artikel 9 AGVO enthaltenen Informationen über jede Einzelbeihilfe von über 100.000 Euro i.d.R. binnen sechs Monaten nach dem Tag der Gewährung der Beihilfe in der Beihilfetransparenzdatenbank der Europäischen Kommission oder auf einer umfassenden nationalen oder regionalen Beihilfe-Webseite veröffentlicht werden.

§10 EVALUIERUNG DER MASSNAHME

- (1)** Die Einhaltung der mit der Fördermaßnahme verfolgten Zielsetzung wird regelmäßig evaluiert.
- (2)** Zum Zwecke der Evaluierung der Maßnahme kann die BKM, die FFA oder ein im Rahmen der Evaluierung beauftragter Dritter den beantragenden Hersteller unter Beachtung der allgemeinen datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu Angaben verpflichten, um eine hinreichende Informations- und Datengrundlage für die Evaluierung zu schaffen.
- (3)** Erhaltene Förderungen können im Einzelfall gemäß der Beihilfenverfahrensverordnung (Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates vom 13. Juli 2015 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union) von der Europäischen Kommission geprüft werden.

§11 ÜBERGANGSREGELUNG

Anträge, die vor Inkrafttreten dieser Richtlinie bei der FFA eingehen, werden nach der zum Zeitpunkt der Vollständigkeit des Antrags geltenden Richtlinie beschieden.

§12 INKRAFTTRETEN/AUSSERKRAFTTRETEN

- (1)** Diese Richtlinie tritt am 01.01.2024 in Kraft und ist befristet bis 31.12.2024.
- (2)** Die Richtlinie der BKM „German Motion Picture Fund“ in der Fassung vom 01.03.2023 tritt mit Inkrafttreten dieser Richtlinie außer Kraft.

Berlin, den 23. Februar 2024

Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Im Auftrag
gez. Dr. Frank Castenholz

ANLAGE 1:

EIGENSCHAFTSTEST FÜR SPIELFILME UND FIKTIONALE SERIEN

Insgesamt muss das Projekt mindestens 40 Punkte erreichen. Aus jeder der drei Kategorien „Kultureller Inhalt“, „Kreative Talente“ und „Herstellung“ müssen jeweils mindestens drei Kriterien und jeweils mindestens 7 Punkte erfüllt sein. Es werden nur volle Punkte vergeben. Die Angaben „aus Deutschland, der EU, dem EWR, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (Vereinigtes Königreich)“¹ beziehen sich auf die Staatsangehörigkeit der natürlichen Person oder ihren Wohnsitz² und Lebensmittelpunkt in Deutschland, der EU, einem EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich.

KATEGORIE „KULTURELLER INHALT“

Maximalpunkte

Die Mehrheit der Szenen (fiktiver Inhalt/Stoff) spielt in Deutschland oder deutschsprachigen Gebieten	4
Die Mehrheit der Szenen (fiktiver Inhalt/Stoff) spielt in einem anderem Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich	3
Die Mehrheit der Szenen (fiktiver Inhalt/Stoff) spielt in einem fiktiven, nicht realen Ort	2
Das Projekt hat einen Bezug zu Themen von aktueller gesellschaftlicher oder politischer Relevanz	3
Das Projekt hat einen thematischen Bezug zur deutschen/europäischen Geschichte/Politik	3
Das Projekt richtet sich in besonderer Form an eine junge Zielgruppe	3
Das Projekt verwendet deutsche Motive ³	3
Das Projekt verwendet andere europäischen Motive ⁴ (wenn es keine deutschen Motive gibt)	3
Eine Hauptperson der Stoffvorlage ist/war deutsch ⁵ oder aus einem anderen Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich	3
Es werden deutsche oder europäische Drehorte ⁶ verwendet	2
Die Handlung/Stoffvorlage beruht auf einer Literaturvorlage, einem Computerspiel, einem Theaterstück, einer Oper, einem Comic	3
Endversion in deutscher Sprache/deutsch untertitelt	3
Die Handlung/Stoffvorlage ist deutsch ⁷ oder aus einem anderen Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich	2
Total	37

1 Die Berücksichtigung Mitwirkender aus dem Vereinigten Königreich im Rahmen der Anlagen 1–3 beruht auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit, also der Geltung vergleichbarer Mechanismen in Deutschland und dem Vereinigten Königreich.

2 Einen Wohnsitz hat eine Person dort, wo sie eine Wohnung unter Umständen innehat, die darauf schließen lassen, dass sie die Wohnung beibehalten und benutzen wird.

3 Deutsche Motive können Deutschland typischerweise und eindeutig zugeordnet werden, egal wo sie gedreht werden (Reichstag, Frankfurter Römer etc.). Motiv ist der beschriebene Ort der Handlung, um die Phantasie in eine bestimmte Bahn zu lenken.

4 Europäische Motive können einem Mitgliedstaat der EU, einem EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich typischerweise und eindeutig zugeordnet werden, egal wo sie gedreht werden. Motiv ist der beschriebene Ort der Handlung, um die Phantasie in eine bestimmte Bahn zu lenken.

5 Die Hauptperson ist deutsch im Sinne des Eigenschaftstests, wenn sie nach der Handlung die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder mutmaßlich besitzt oder (mutmaßlich) ständig in Deutschland lebt.

6 Drehorte sind tatsächlich gedrehte Schauplätze; ein Studio ist kein Drehort im Sinn dieser Vorschrift. Im Unterschied zum Motiv ist der Drehort der Ort, wo die Umsetzung der Fantasie zu einem filmischen Werk stattfindet.

7 Die Handlung/Stoffvorlage ist deutsch, wenn sie von einem deutschsprachigen Autor oder einer deutschsprachigen Autorin oder von einem ständig in Deutschland lebenden Autor bzw. einer ständig in Deutschland lebenden Autorin stammt oder sich inhaltlich mit für Deutschland relevanten Themen auseinandersetzt.

KATEGORIE „KREATIVE TALENTE“

Schöpferische Filmschaffende aus Deutschland, einem anderen Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich in verantwortlicher Position, die innerhalb der vergangenen 10 Jahre vor Drehbeginn einen Film oder eine Serie kreativ gestaltet haben, der/die in Deutschland, einem anderen Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich entstanden ist oder mit Beteiligung eines Produzenten aus Deutschland, einem anderen Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich gedreht wurde, oder schöpferische Filmschaffende aus Deutschland, einem anderen Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich, für die es sich bei dem betreffenden Film/der betreffenden Serie um ein Erstlingswerk handelt:

	Maximalpunkte
Ein Hauptdarsteller oder eine Hauptdarstellerin (2 Punkte) oder mindestens zwei Hauptdarsteller bzw. Hauptdarstellerinnen (4 Punkte)	4
Ein Nebendarsteller oder eine Nebendarstellerin (1 Punkt) oder mindestens zwei Nebendarsteller oder Nebendarstellerinnen (2 Punkte)	2
Regisseur oder Regisseurin	2
Drehbuchautor oder Drehbuchautorin	2
(Ko-)Produzent oder (Ko-)Produzentin (natürliche Person)	2
Kameramann oder Kamerafrau	1
Digital Image Technician (DIT)	1
Komponist oder Komponistin	1
Kostümbildner oder Kostümbildnerin	1
Lead Animation Artist	1
Maskenbildner oder Maskenbildnerin/Make-up Artist	1
Lead FX Artist	1
VFX Supervisor/Producer	2
Animation Supervisor	2
Post Production Supervisor	2
Editor oder Editorin	1
Farbkorrektur/Colour Grading	1
Tonbearbeitung/Sound Designer	1
Herstellungsleiter oder Herstellungsleiterin/Line Producer	1
Szenenbildner oder Szenenbildnerin (analog und digital)	1
Artdirector/Lead Shading Artist/Texturing Artist	1
Synchronsprecher oder Synchronsprecherin (je ein Punkt für die ersten drei Hauptrollen)	3
Total	34

KATEGORIE „HERSTELLUNG“

Maximalpunkte

Entwicklung und/oder Einsatz innovativer Technologien, die bislang noch nicht/kaum in der Filmbranche genutzt wurden	5
Studioaufnahmen in Deutschland	3
Außenaufnahmen in Deutschland	3
VFX Modelling in Deutschland	2
VFX Animation in Deutschland	4
VFX Compositing in Deutschland	4
SFX-Ausgaben in Deutschland verausgabt	3
Musikaufnahmen in Deutschland	2
Tonbearbeitung in Deutschland	3
Bildbearbeitung (ohne VFX) in Deutschland	2
Drehbegleitende Postproduktion in Deutschland	3
Endbearbeitung in Deutschland	2
Kopierwerksarbeiten bis zur Nullkopie in Deutschland	2
Total	38
Kategorien total	109

ANLAGE 2:

EIGENSCHAFTSTEST FÜR REINE ANIMATIONSFILME UND SERIEN

Insgesamt muss das Projekt mindestens 28 Punkte erreichen. Aus der Kategorie „Kultureller Inhalt“ müssen mindestens zwei Kriterien, aus der Kategorie „Kreative Talente“ und aus der Kategorie „Herstellung“ müssen jeweils mindestens vier Kriterien erfüllt sein. Es werden nur volle Punkte vergeben.

Die Angaben „aus Deutschland, einem Mitgliedstaat der EU, einem EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich“ beziehen sich auf die Staatsangehörigkeit der natürlichen Person oder ihren Wohnsitz⁸ und Lebensmittelpunkt in Deutschland, der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich.

KATEGORIE „KULTURELLER INHALT“

Maximalpunkte

Das Projekt ist inhaltlich für Kinder/Jugendliche gedacht und geeignet	4
Das Projekt hat einen Bezug zu Themen von aktueller gesellschaftlicher oder politischer Relevanz	3
Das Projekt hat einen thematischen Bezug zur deutschen/europäischen Geschichte/Politik	3
Das Projekt verwendet deutsche ⁹ oder europäische ¹⁰ Motive	2
Eine Hauptperson der Stoffvorlage ist/war deutsch ¹¹ oder aus einem Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich	2
Die Handlung/Stoffvorlage beruht auf einer Literaturvorlage, einem Computerspiel, einem Theaterstück, einer Oper, einem Comic	3
Endversion in deutscher Sprache	2
Die Handlung/Stoffvorlage ist deutsch ¹² oder aus einem anderen Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich	2
Total	21

⁸ Einen Wohnsitz hat eine Person dort, wo sie eine Wohnung unter Umständen innehat, die darauf schließen lassen, dass sie die Wohnung beibehalten und benutzen wird.

⁹ Deutsche Motive können Deutschland typischerweise und eindeutig zugeordnet werden, egal wo sie gedreht werden (Reichstag, Frankfurter Römer etc.). Motiv ist der beschriebene Ort der Handlung, um die Phantasie in eine bestimmte Bahn zu lenken.

¹⁰ Europäische Motive können einem Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich typischerweise und eindeutig zugeordnet werden, egal wo sie gedreht werden. Motiv ist der beschriebene Ort der Handlung, um die Phantasie in eine bestimmte Bahn zu lenken.

¹¹ Die Hauptperson ist deutsch im Sinne des Eigenschaftstests, wenn sie nach der Handlung die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder mutmaßlich besitzt oder (mutmaßlich) ständig in Deutschland lebt.

¹² Die Handlung/Stoffvorlage ist deutsch, wenn sie von einem deutschsprachigen Autor oder einer deutschsprachigen Autorin oder von einem ständig in Deutschland lebenden Autor bzw. einer ständig in Deutschland lebenden Autorin stammt oder sich inhaltlich mit für Deutschland relevanten Themen auseinandersetzt.

KATEGORIE „KREATIVE TALENTE“

Schöpferische Filmschaffende aus Deutschland, einem anderen Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich in verantwortlicher Position, die innerhalb der vergangenen 10 Jahre vor Drehbeginn einen Film oder eine Serie kreativ gestaltet haben, der/die in Deutschland, einem anderen Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich entstanden ist oder mit Beteiligung eines Produzenten aus Deutschland, einem anderen Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich gedreht wurde, oder schöpferische Filmschaffende aus Deutschland, einem anderen Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich, für die es sich bei dem betreffenden Film/der betreffenden Serie um ein Erstlingswerk handelt:

	Maximalpunkte
Regisseur oder Regisseurin	2
Drehbuchautor oder Drehbuchautorin	2
(Ko-)Produzent oder (Ko-)Produzentin (natürliche Person)	2
Lead Storyboard Artist	2
Art Director	2
VFX Supervisor	2
Animation Supervisor	2
Character Designer	1
Ausstattung/Concept Artist	1
Szenenbild/Set Designer	1
Komponist oder Komponistin	1
Musik-Ausführung/Künstler oder Künstlerin/Band	1
Editor oder Editorin	1
Tonbearbeitung/Sound Designer	1
Herstellungsleiter oder Herstellungsleiterin/Line Producer	1
Synchronsprecher oder Synchronsprecherin (je ein Punkt für die ersten vier Hauptrollen)	4
Total	26

KATEGORIE „HERSTELLUNG“

	Maximalpunkte
Entwicklung und/oder Einsatz innovativer Technologien, die bislang noch nicht/kaum in der Filmbranche genutzt wurden	4
Storyboard aus Deutschland	2
Modelling und Texturing in Deutschland	2
Szenenbild und Rigging in Deutschland	2
Beleuchtung/Lichtsetup in Deutschland	1
Animation inkl. Bewegungserfassung (motion capture) in Deutschland	2
Berechnung/Rendering in Deutschland	2
Schnitt in Deutschland (je ein Punkt für Bild und Ton)	2
Musikaufnahmen in Deutschland	1
Sprach-/Tonbearbeitung in Deutschland	2
Postproduktion in Deutschland	2
Total	22
Kategorien total	69

ANLAGE 3:

EIGENSCHAFTSTEST FÜR DOKUMENTARFILME UND

DOKUMENTARSERIEN

Insgesamt muss das Projekt mindestens 23 Punkte erreichen. Aus der Kategorie „Kultureller Inhalt“ müssen mindestens zwei Kriterien erfüllt sein, aus den Kategorien „Kreative Talente“ und „Herstellung“ mindestens jeweils ein Kriterium. Es werden nur volle Punkte vergeben.

Die Angaben „aus Deutschland, einem anderen Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich“ beziehen sich auf die Staatsangehörigkeit der natürlichen Person oder ihren Wohnsitz¹³ und Lebensmittelpunkt in Deutschland, einem anderen Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich.

KATEGORIE „KULTURELLER INHALT“

Maximalpunkte

Serie/Film handelt hauptsächlich in/von Deutschland bzw. deutschem Kultur- und Sprachkreis bzw. von in oder für Deutschland relevanten Themen

4

Eine Hauptperson ist/war deutsch bzw. dem deutschen Kultur- und Sprachkreis zuzurechnen

4

Serie/Film wird in Originalfassung auf Deutsch gedreht oder eine Endfassung ist auf Deutsch

2

Serie/Film behandelt Künstler oder Künstlerin oder Kunstgattung (z. B. Komposition, Tanz, Performance, Malerei, Architektur, Popart, Comic)

1

Serie/Film bezieht sich auf eine bedeutende historische oder zeitgenössische Persönlichkeit

1

Serie/Film behandelt ein historisches Ereignis der Weltgeschichte

1

Serie/Film setzt sich mit Lebensformen von Menschen/Minderheiten auseinander

2

Handlung/Stoffvorlage behandelt Fragen religiöser oder philosophischer Weltanschauung bzw. Themen von aktueller gesellschaftlicher oder kultureller Relevanz (z. B. Diskriminierung, Drogen, Flucht und Migration etc.)

2

Serie/Film behandelt wissenschaftliche Themen oder natürliche Phänomene

2

Total

19

¹³ Einen Wohnsitz hat eine Person dort, wo sie eine Wohnung unter Umständen innehat, die darauf schließen lassen, dass sie die Wohnung zur persönlichen Nutzung beibehalten und benutzen wird.

KATEGORIE „KREATIVE TALENTE“

Schöpferische Filmschaffende aus Deutschland, einem anderen Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich in verantwortlicher Position, die innerhalb der vergangenen 10 Jahre vor Drehbeginn einen Film oder eine Serie künstlerisch wertvoll gestaltet haben, der/die in Deutschland, einem anderen Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich entstanden ist oder mit Beteiligung eines Produzenten aus Deutschland, einem anderen Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich gedreht wurde, oder schöpferische Filmschaffende aus Deutschland, einem anderen Mitgliedstaat der EU, einem anderen EWR-Staat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich, für die es sich bei dem betreffenden Film/der betreffenden Serie um ein Erstlingswerk handelt:

	Maximalpunkte
Regisseur oder Regisseurin	5
Produzent oder Produzentin	3
Autor oder Autorin	3
Kameramann oder Kamerafrau	3
Editor oder Editorin	3
Komponist oder Komponistin	2
Ton/Musikdesign	1
Total	20

KATEGORIE „HERSTELLUNG“

Dreharbeiten oder Studioaufnahmen in Deutschland (mind. 50 Prozent der Gesamtkosten der Dreharbeiten in Deutschland verausgabt, ansonsten für jeweils 10 Prozent 1 Punkt)

	Maximalpunkte
Dreharbeiten oder Studioaufnahmen in Deutschland (mind. 50 Prozent der Gesamtkosten der Dreharbeiten in Deutschland verausgabt, ansonsten für jeweils 10 Prozent 1 Punkt)	5
Digitale Effekte in Deutschland	1
Musikaufnahmen in Deutschland	2
Tonnachbearbeitung und Mischung in Deutschland	2
Bildendbearbeitung in Deutschland	2
Kopierwerksarbeiten bis zur Nullkopie in Deutschland	1
Total	13

Kategorien total	52
-------------------------	-----------

ANLAGE 4:

GRUNDSÄTZE SPARSAMER WIRTSCHAFTSFÜHRUNG

In den Anträgen ist den Grundsätzen sparsamer Wirtschaftsführung nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen Rechnung zu tragen.

1. Reisekosten

Im Rahmen der Grundsätze sparsamer Wirtschaftsführung dürfen die Spensätze für Reisekosten nicht über tarifvertraglichen oder steuerrechtlichen Regelungen liegen. Begründete Ausnahmen bei Spitzenkräften sind zulässig.

2. Rabatte, Skonti, Boni, Materialveräußerungen

Rabatte und Skonti sind von den jeweiligen Kostenpositionen der Schlusskostenrechnung abzuziehen. Skonti, die durch außerhalb des Projekts stehende zusätzliche Eigenleistungen des Herstellers erreicht worden sind, brauchen bei den jeweiligen Kostenpositionen nicht abgezogen zu werden.

Erträge aus der Veräußerung von Gegenständen (Sachen und Rechte), die in den Produktionskosten enthalten sind, sind produktionskosten mindernd anzusetzen.

3. Herstellerhonorar, Sonderregelungen für eigene Leistungen des Herstellers sowie für Mehrfachbetätigung

Das Herstellerhonorar beträgt bis zu 5 Prozent der Herstellungskosten (ohne vorherigen Ansatz der Gage), jedoch höchstens 250.000 Euro. In besonders gelagerten, begründeten Ausnahmefällen kann der Vorstand der FFA Ausnahmen zulassen. Empfänger oder Empfängerin des Herstellerhonorars ist die natürliche Person, welcher die auf die Herstellung des Films bezogenen kreativen Aufgaben des Herstellers obliegen.

Erbringt der (koproduzierende) Hersteller eigene sachliche Leistungen, so können diese Leistungen höchstens mit den jeweils marktüblichen Preisen bzw. Listenpreisen, soweit vorhanden, unter Reduzierung der Beträge um 25 Prozent angesetzt werden. Erbringt er sonstige personelle Eigenleistungen, so können diese Leistungen höchstens mit den jeweils marktüblichen Preisen bzw. Listenpreisen, soweit vorhanden, abzüglich der handelsüblichen Rabatte angesetzt werden.

Sind der (koproduzierende) Hersteller bzw. der Inhaber, Allein- oder Mehrheitsgesellschafter des herstellenden Unternehmens (Einzelunternehmen, Personen- oder Kapitalgesellschaft) und der Regisseur oder die Regisseurin identisch, beträgt die Gage für Regie höchstens 4 Prozent der Gesamtherstellungskosten (ohne vorherigen Ansatz der Gage).

Sind der (koproduzierende) Hersteller bzw. der Inhaber, Allein- oder Mehrheitsgesellschafter des herstellenden Unternehmens (Einzelunternehmen, Personen- oder Kapitalgesellschaft) und die Herstellungsleitung identisch, beträgt die Gage für die Herstellungsleitung höchstens 2,7 Prozent der Gesamtherstellungskosten (ohne vorherigen Ansatz der Gage).

Bei sonstiger Mehrfachbetätigung des (koproduzierenden) Herstellers innerhalb des Herstellungsprozesses eines Projektes sind Reduzierungen der Gagesätze in Höhe von 20 Prozent vorzunehmen.

ANLAGE 5:

BESTIMMUNG DER HERSTELLUNGSKOSTEN

Zu den Herstellungskosten eines Projekts gehören die in der nachfolgenden Übersicht A aufgeführten Kostenarten. Die Umsatzsteuer (abzugsfähige Vorsteuer) bleibt außer Ansatz (Nettoprinzip).

1. Übersicht A, Herstellungskosten:

01. Vorkosten der Produktion (vgl. Ziffer 7)
02. Rechte und Manuskript
03. Gagen
 - Produktionsstab
 - Regiestab
 - Ausstattungsstab
 - Sonstiger Stab
 - Darsteller und Darstellerinnen
 - Musiker
 - Zusatzkosten Gagen
04. Atelier
05. Ausstattung und Technik
06. Reise- und Transportkosten
07. Filmmaterial und Bearbeitung
08. Endfertigung
09. Versicherungen
10. Allgemeine projektbezogene Kosten (vgl. unten tabellarische Übersicht B, Ziffer 2)
11. Handlungskosten (vgl. Ziffer 3)
12. Überschreitungsreserve (vgl. Ziffer 6)
13. Treuhandgebühr

Zu den allgemeinen projektbezogenen Kosten des Herstellers zählen die in der nachfolgenden Übersicht B aufgeführten Einzelkostenarten, jedoch nur dann, wenn diese nicht bereits unter Handlungskosten eingestellt sind.

2. Übersicht B, allgemeine projektbezogene Kosten:

01. Kleine Ausgaben
02. Gebühren der FSK bzw. FBW, soweit sie ausnahmsweise in den Herstellungskosten enthalten sind (in der Regel Verleihvorkosten)
03. Produktionspresse
04. Telefon-, Portokosten
05. Miete für Büroräume
06. Büromaterial
07. Bewirtungen
08. Vermittlungsprovision
09. Vervielfältigungen
10. Übersetzungen
11. Bürogeräte (Miete)
12. Finanzierungskosten
13. Rechts- und Steuerberatung
14. Kosten für ökologischen Berater
15. Kostenbeitrag für German Films
16. Kinderbetreuungskosten¹⁴

¹⁴ In marktüblicher Höhe.

3. Handlungskosten (Gemeinkosten) bei programmfüllenden Projekten

- (1) Zu den Handlungskosten des Herstellers zählen die in der nachfolgenden tabellarischen Übersicht C aufgeführten Einzelkostenarten. Diese dürfen nicht als Fertigungskosten (Ziffern 1 bis 10 der tabellarischen Übersicht A) angesetzt werden.
- (2) Im Rahmen der Grundsätze sparsamer Wirtschaftsführung werden bei der Herstellung von programmfüllenden Serien oder Filmen die Handlungskosten des Herstellers bis zu einer Kostenhöhe von 5.000.000,00 EUR der Fertigungskosten (Ziffern 1 bis 10 der tabellarischen Übersicht A) in Höhe von 10 % der Fertigungskosten anerkannt.
- (3) Gehen die Fertigungskosten über den Betrag von 5.000.000,00 EUR hinaus, so werden die Handlungskosten des Herstellers in Höhe von 5 % des den 5.000.000,00 EUR übersteigenden Betrags anerkannt.
- (4) Die Handlungskosten sind bei 650.000,00 EUR gedeckelt. Bei internationalen Koproduktionen gilt der deutsche Finanzierungsanteil als Berechnungsgrundlage.

4. Übersicht C, Einzelkostenarten, die zu den Handlungskosten rechnen:

01. Aufwendung für Einrichtung und Unterhalt der ständigen Geschäftsräume
02. Allgemeiner Geschäftsbedarf (Schreibmaterialien usw.)
03. Allgemeine Post- und Telefongebühren
04. Allgemeine Personalkosten, soweit sie nicht das jeweilige Projekt speziell betreffen
05. Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital
06. Aufwendungen für allgemeine Rechts-, Steuer- und Devisenberatungen sowie für Bilanzprüfungen
07. Zinsen und Bankspesen für allgemeine Kredite
08. Allgemeine Aufwendungen für repräsentative Maßnahmen
09. Reisekosten und Aufwendungen im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit des Produzenten, sofern sie nicht für ein bestimmtes Projekt aufgewendet wurden

5. Finanzierungskosten

In der Kalkulation der Gesamtherstellungskosten können die nachzuweisenden Finanzierungskosten in der Regel mit dem Zinssatz (einschließlich Nebenkosten und Bereitstellungsprovision) der Filmkredite gewährenden deutschen Konsortialbanken, keinesfalls mit mehr als 8 Prozent über dem jeweils geltenden Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank, angesetzt werden. Finanzierungskosten für eigene Mittel des (koproduzierenden) Herstellers oder mit Ihnen verbundenen Unternehmen dürfen nicht angesetzt werden.

6. Überschreitungsreserve

In der Kalkulation der Gesamtherstellungskosten kann eine Überschreitungsreserve bis zu 8 Prozent der Summe der kalkulierten Kostenarten Ziffern 1 bis 10 (Fertigungskosten) der tabellarischen Übersicht A angesetzt werden.

7. Vorkosten der Produktion

Zu den nicht anerkennungsfähigen allgemeinen Vorkosten der Produktion rechnen insbesondere auch Kosten für Motivsuche, Stoffentwicklung, Probeaufnahmen und Vorverhandlungen, soweit sie die allgemeine Projektentwicklung betreffen.

ANLAGE 6:

DIGITALES FILMSCHAFFEN

Digitales Filmschaffen durchzieht die gesamte Filmherstellung und stellt in jeder Produktionsphase einen wesentlichen Teil des gestalterischen Prozesses dar. Die digitalen Produktionsarbeiten sind vom Hersteller über alle Abschnitte und Gewerke des Herstellungsprozesses frei wählbar und mit traditionellen Produktionsarbeiten kombinierbar und umfassen unter anderem die folgenden Beiträge:

1. Produktionsvorbereitung

unter anderem:

- Storyboard
- Digitale Previsualisierung

2. Produktionsbegleitende Arbeitsschritte

unter anderem:

- Betreuung der Aufzeichnung mit Digitalkameras und Datenmanagement am Set durch den Digital Image Technician (DIT)
- Digitale technische Überprüfung und Farbkorrektur im Rahmen der Mustererstellung
- Set Supervision durch VFX-Supervisor

3. Produktionsnachgelagerte Arbeitsschritte

a. Kreative Bildgestaltung

unter anderem:

- Filmschnitt
- Farbkorrektur/Colour Grading
- Depth- oder Tiefengrading
- Titeltbearbeitung/Motion Graphics Design
- Stereo Sweetening
- 2D-3D Konvertierung

b. Digitale visuelle Effekte (VFX)

unter anderem:

- 2D Design
- Maquette (Design bzw. Formgebung der Charaktere von 2D in 3D)
- Modelling
- Texturing
- Shading
- Rigging, Skinning
- Animation
- Simulation, Effects
- Tracking, Matchmoving
- Lighting, Rendering
- Mattepainting/Setextension
- Compositing

c. Tongestaltung

unter anderem:

- Production Sound Editing
- Additional Dialogue Recording (ADR)
- Sound Design
- Foley Recording/organische Geräuschgestaltung
- Filmmusik
- Tonmischung

ANLAGE 7:

ÖKOLOGISCHE STANDARDS FÜR DEUTSCHE KINO-, TV- UND ONLINE-/VOD-PRODUKTIONEN

PRÄAMBEL

Mit ihren audiovisuellen Produktionen erreicht die öffentlich-rechtliche und private Medienbranche ein Millionenpublikum. Mit dieser Reichweite geht auch eine gesellschaftliche Verantwortung für eine nachhaltige Herstellung dieser Inhalte einher. Eine umwelt- und ressourcenschonende audiovisuelle Film- und Fernsehproduktion ist ein wesentlicher Beitrag zur Reduzierung des CO₂-Verbrauchs und zugleich ein technologischer Transformationsprozess, der gleichermaßen technische und künstlerische Veränderung umfasst.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), die Filmförderungsanstalt (FFA), die Filmförderungen der Länder und der Arbeitskreis „Green Shooting“ haben sich deshalb auf die vorliegenden, bundesweit einheitlichen ökologischen Standards für die audiovisuelle Produktion verständigt. Das Anforderungsset der ökologischen Standards wurde innerhalb eines intensiven Arbeitsprozesses von Arbeitskreis und Filmförderungen gemeinsam abgestimmt. Es basiert auf den zum 1. Januar 2022 veröffentlichten ökologischen Mindeststandards des Arbeitskreises „Green Shooting“ und den Erfahrungen des sog. „Reallabors“, das im Auftrag der BKM und der Filmförderungen der Länder durchgeführt wurde.

Die ökologischen Standards sind ein lernendes System. Sie werden fortlaufend evaluiert und unter Berücksichtigung der Verfügbarkeiten am Markt, des aktuellen Stands der Wissenschaft und Technik sowie klima- und umweltrelevanter Entwicklungen angepasst. Arbeitskreis und Förderungen sind sich einig, dass ein stetig steigendes Ambitionsniveau angestrebt ist. Für die Evaluierung und Weiterentwicklung wird ein Nachhaltigkeitsboard implementiert, das paritätisch mit Mitgliedern des Arbeitskreises „Green Shooting“ und der Bundes- und Länderförderungen besetzt ist. Die Branche wird durch das Nachhaltigkeitsboard beteiligt.

Derzeit sind die ökologischen Standards maßnahmenorientiert formuliert. Für eine Erhöhung ihres Wirkungsgrades sollen sie perspektivisch in zielwertorientierte Anforderungen überführt werden.

Belastbarkeit, Glaubwürdigkeit und Transparenz sind Grundpfeiler der ökologischen Standards. Ihre Einhaltung wird durch eine einheitliche Nachweisführung sichergestellt.

Die ökologischen Standards werden von vielen Produktionsfirmen, Sendern und VoD-Diensten eingehalten und im Rahmen der Bundes- und Länderförderungen als Fördervoraussetzung zugrundegelegt. Zudem besteht bei Erfüllung der ökologischen Standards die Möglichkeit der Vergabe des Labels green motion.

DIE ANWENDUNG DER ÖKOLOGISCHEN STANDARDS

Die ökologischen Standards gelten für alle Produktionsphasen von der Vorproduktion bis zur Postproduktion und für diejenigen Produktionsteile, die in Deutschland realisiert werden, grundsätzlich unabhängig davon, ob das Produktionsunternehmen in Deutschland oder im Ausland angesiedelt ist. Sofern die Produktionsbedingungen im Ausland dies zulassen, ist es zu begrüßen, wenn die Standards auch für die dort hergestellten Produktionsteile angewandt werden.

Die ökologischen Standards sind in fünf Handlungsfelder unterteilt. Die meisten Handlungsfelder enthalten sowohl Muss- als auch Soll-Vorgaben. Die Muss-Vorgaben sind dabei grundsätzlich einzuhalten. Für die Erfüllung der ökologischen Standards insgesamt muss eine Mindestanzahl an Muss-Vorgaben erreicht werden.

Sollte es im begründeten Ausnahmefall nicht möglich sein, alle Muss-Vorgaben einzuhalten, sind pro Produktion höchstens bei fünf, ab dem 01.07.2024 bei drei der insgesamt 21 Muss-Vorgaben Abweichungen zulässig (sog. 5-von-21-Regelung). Die Anzahl soll in den kommenden Jahren weiter reduziert werden. Die Abweichungen von der jeweiligen Muss-Vorgabe sollen dabei so gering wie möglich ausfallen.

Sollte für eine Produktion eine Muss-Vorgabe begründbar nicht einschlägig sein (z. B. Produktion plant keine Fremdübernachtungen (vgl. Vorgabe IV.1.)), wird die jeweilige Muss-Vorgabe als erfüllt angesehen. Von der 5-von-21-Regelung muss folglich kein Gebrauch gemacht werden.

Die Soll-Vorgaben sind, anders als die Muss-Vorgaben, nicht als strikte Vorschrift, sondern als ein Appell für eine ökologisch nachhaltige Produktionsweise zu verstehen. Die Umsetzung der Soll-Vorgaben bewirkt genauso wie die der Muss-Vorgaben eine wirksame Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen und ist deshalb erwünscht. Perspektivisch sollen im Rahmen der Evaluierung und Weiterentwicklung der ökologischen Standards auch Soll-Vorgaben zu Muss-Vorgaben werden.

Die Einzelheiten für die Vergabe des Labels green motion sind einem gesonderten Merkblatt zu entnehmen.

DIE ÖKOLOGISCHEN STANDARDS IM EINZELNEN

I. ALLGEMEINE VORGABEN

I.1 Erklärung der Geschäftsführung und Herstellungsleitung

● **Muss-Vorgabe** (nicht im Rahmen der 5-von-21-Regelung streichbar)

Vor Beginn der Produktion geben die Geschäftsführung und die Herstellungsleitung gemeinsam folgende Erklärung gegenüber der federführenden Filmförderung oder, wenn keine Filmförderung dabei ist, gegenüber dem federführenden Sender/VoD-Dienst oder, wenn auch kein Sender/VoD-Dienst involviert ist, gegenüber der Prüfstelle ab:

“Es wird versichert, dass die aktuellen Regelungen zu den „Ökologischen Standards für deutsche Kino-, TV- und Online-/VoD-Produktionen“ vollständig zur Kenntnis genommen wurden und diese Regelungen und Bestimmungen bei der Herstellung des/der o.a. Films/ Serie/ AV-Produktion vollständig und sachgerecht eingehalten werden.”

Eine Vorlage für diese Erklärung der Geschäftsführung und Herstellungsleitung ist auf der Webseite hinterlegt. Die Erklärung kann auch im Produktionsvertrag abgegeben werden.

I.2 Green Consultant

● **Muss-Vorgabe**

Es muss entweder ein*e externe*r Green Consultant oder ein*e Mitarbeiter*in, der/die zum Green Consultant ausgebildet wurde, beschäftigt werden. Beide müssen eine fundierte, in jedem Fall mehrtägige Aus- oder Fortbildung zum/zur Green Consultant und jeweils aktuelle Kenntnisse nachweisen. Sie begleiten die jeweiligen Produktionen von der Planung bis hin zur Abnahme. Ihre Beratung bezieht sich auf die Einhaltung der ökologischen Standards und insgesamt auf eine möglichst ressourcenschonende, CO₂-arme Produktionsweise. Dabei binden sie das gesamte Team ein.

Das Aufgabenfeld der Green Consultants kann zum Beispiel folgende Bereiche umfassen:

- Energieeinsatz & -nutzung
- Personen- und Materialtransporte
- Unterkunft & Verpflegung
- Materialeinsatz

I.3 Vorlaufende CO₂-Bilanz

Die Minderung der CO₂-Emissionen aus den verschiedenen Prozessen der Filmproduktion stellt ein zentrales Handlungsziel der ökologischen Standards dar. Vor diesem Hintergrund ist eine systematische Erfassung der CO₂-Emissionen bereits in der Planungsphase einer Produktion unverzichtbar.

- **Muss-Vorgabe** (nicht im Rahmen der 5-von-21-Regelung streichbar)

Vor Beauftragung der Produktion bzw. vor dem Antrag bei der Filmförderung muss mit Hilfe des CO₂-Rechners der MFG eine Erfassung der geplanten CO₂-Emissionen durchgeführt werden. Diese Erfassung erfolgt mit einer vereinfachten Berechnungsmethode, die in dem CO₂-Rechner der MFG ab Ende 2022 zur Verfügung steht. Die Erfassung kann alternativ auch in Kalkulationsprogrammen, z. B. Sesam, erfolgen, sofern diese nachweislich eine im Ergebnis vergleichbare Berechnung durchführen können. Diese Erfassung ermöglicht es, die Produktion insgesamt auf eine ökologisch nachhaltige Herstellungsweise auszurichten.

I.4 Nachlaufende CO₂-Bilanz

- **Muss-Vorgabe** (nicht im Rahmen der 5-von-21-Regelung streichbar)

Nach Abschluss der Produktion muss eine detaillierte Erfassung der Daten mit Hilfe des CO₂-Rechners der MFG durchgeführt werden. Die Erfassung kann alternativ auch in Kalkulationsprogrammen, z. B. Sesam, erfolgen, und zwar in 2022 ohne Auflagen und ab 2023 mit der Auflage, dass diese Programme nachweislich eine im Ergebnis vergleichbare Berechnung durchführen können und bei geförderten Filmproduktionen den aktuellen Vorgaben des Filmförderungsgesetzes entsprechen.

I.5 Abschlussbericht

- **Muss-Vorgabe** (nicht im Rahmen der 5-von-21-Regelung streichbar)

Nach Abschluss der Produktion muss das Produktionsunternehmen auf der Grundlage einer standardisierten Vorlage einen (oder, sofern mehr als 25 % der Gesamtherstellungskosten im Ausland anfallen und das Unternehmen auch das Label green motion beantragt, zwei) Abschlussbericht/e erstellen. Darin wird über die Erfüllung der Muss-Vorgaben Rechenschaft abgelegt und es werden die tatsächlichen, nach dem Ende der Produktion berechneten CO₂-Emissionen der Produktion ausgewiesen (siehe auch Kriterium »I.4 Nachlaufende CO₂-Bilanz«).

Die Formulare sind auf der Webseite hinterlegt.

II. ENERGIEEINSATZ UND -NUTZUNG

Der Wechsel zu zertifiziertem Ökostrom ist eine der schnellsten und einfachsten Methoden, um CO₂-Emissionen drastisch zu senken. Dieselgeneratoren auf der anderen Seite sind häufig für hohe Treibhausgas- und Feinstaubemissionen verantwortlich.

Wann immer möglich soll der Strom deshalb über einen Netzanschluss und nicht über Generatoren bezogen werden. Ist eine mobile Stromversorgung unverzichtbar, so sollen perspektivisch insbesondere hybride Stromversorgungssysteme (mit CO₂-neutralen Energieträgern betrieben), mobile Stromspeichersysteme (mit Ökostrom geladen) oder Photovoltaiksysteme verwendet werden. Hybride Systeme (mit fossilen Brennstoffen betrieben) und Gasgeneratoren (mit fossilen Brennstoffen betrieben) stellen dagegen eher eine Übergangslösung bei der Ablösung von Dieselgeneratoren dar.

Die Beleuchtung im Studio und on location bedingt immer wieder einen hohen Stromverbrauch und damit entsprechende Treibhausgas-Emissionen. Auf Basis einer systematischen energetisch optimierten Lichtplanung können durch den Einsatz energiesparender Beleuchtungstechnologien große Teile des bisherigen Stromverbrauches eingespart werden.

II.1 Ökostrom in allen Betriebsstätten

- **Muss-Vorgabe**

In allen für die Produktion einschließlich der Postproduktion genutzten Betriebsstätten des Produktionsunternehmens und in allen für die Produktion genutzten Studios muss zertifizierter Ökostrom verwendet werden.

II.2 Ökostrom bei temporär genutzten Räumlichkeiten

- **Soll-Vorgabe**

Bei temporär genutzten Räumlichkeiten (Produktionsbüros oder ähnlich genutzte Räumlichkeiten) soll zertifizierter Ökostrom verwendet werden, wo immer das möglich ist.

II.3 Ökostrom bei „on location“-Produktionen

○ Soll-Vorgabe

Wird bei der Produktion „on-location“ mit einem Netzstromanschluss gearbeitet (siehe auch Kriterium II.4), so soll auch hier zertifizierter Ökostrom bezogen werden, wo immer das möglich ist.

Dies gilt sowohl für bestehende Netzstromanschlüsse als auch für gezielt gelegte Baustromanschlüsse.

II.4 Ökostrom in der Postproduktion

● Muss-Vorgabe

Erfolgt die Postproduktion außerhalb der Betriebsstätten des Produktionsunternehmens, so ist sicherzustellen, dass von den beauftragten Unternehmen für die Durchführung dieser Aufgabe ebenfalls ausschließlich Ökostrom verwendet wird.

II.5 Voraussetzungen für den Generatoreinsatz

● Muss-Vorgabe

Grundsätzlich wird bei der gesamten Produktion mit Netzstrom gearbeitet. Nur in den nachfolgenden Ausnahmefällen dürfen davon abweichend Generatoren zum Einsatz kommen:

- Bei Produktionen „on location“ ohne einen technisch geeigneten und bei einer Kabellänge von bis zu 100 Metern verfügbaren Netzanschluss
- Bei Produktionen, für die eine unterbrechungsfreie Stromversorgung vertraglich gefordert ist, darf, sofern diese nicht anders zu realisieren ist, ein redundantes Generator-System – „Twin Power / Twin Pack“ betrieben werden. Nachhaltigere moderne Möglichkeiten sind bevorzugt zu nutzen, wie z.B. nur ein (Hybrid-) Generator im Stand-by mit nachgelagerter Batterie und parallelem Feststrom.

II.6 Begrenzung der Laufzeit von Dieselgeneratoren

○ Soll-Vorgabe

Ist der Einsatz von Dieselgeneratoren notwendig (unter den Voraussetzungen von II.5), dann sollen diese Generatoren nicht länger als drei Tage eingesetzt werden. Ausnahmefälle, in denen sie länger als drei Tage genutzt werden, müssen im Abschlussbericht begründet werden.

II.7 Abgasnorm Stage IIIA bei Dieselgeneratoren

○ Soll-Vorgabe

Werden Diesel-Generatoren eingesetzt, so sollen diese mindestens der Abgasnorm Stage IIIA entsprechen und mit einem Partikelfilter ausgestattet sein und sie dürfen nicht mit Heizöl befüllt werden. Wo Diesel-Generatoren nicht die Abgasnorm Stage IIIA oder höher erfüllen, soll ein effizientes Hybridsystem eingesetzt werden oder die Generatoren mit Kraftstoff betrieben werden, der aus zertifizierten, regenerativen Reststoffen gewonnen wurde (sog. HVO-Kraftstoffe der 2. Generation).

II.8 Verwendung eines Powergrid Management Systems

○ Soll-Vorgabe

Beim Einsatz von mehreren (Diesel-)Generatoren an einer Location soll, wo immer möglich, ein stromsparendes Powergrid Management System verwendet werden.

II.9 Effiziente Lichttechnik im Studio

○ Soll-Vorgabe*

Bei Studioproduktionen sollen (ab 2024: müssen) ausschließlich Lichtquellen mit einer hohen Energieeffizienz wie zum Beispiel LED-Scheinwerfer verwendet werden.

Lichtquellen auf Basis von Glühlampen und Halogenstrahlern („Kunstlicht“) sollen (ab 2024: müssen) vermieden werden.

*ab 2024 Muss-Vorgabe

II.10 Effiziente Lichttechnik on location

○ Soll-Vorgabe*

Bei On-location-Drehs sollen (ab 2025: müssen) ausschließlich Lichtquellen mit einer hohen Energieeffizienz wie zum Beispiel LED-Scheinwerfer verwendet werden. Bei Scheinwerfern bis 2 Kw sollen (ab 2025: müssen) Lichtquellen auf Basis von Glühlampen und Halogenstrahlern ("Kunstlicht") vermieden werden.

**ab 2025 Muss-Vorgabe*

III. PERSONEN- UND MATERIALTRANSPORTE

Grundsätzlich ist die Reduzierung von Mobilität erstrebenswert.

Ansätze können hierfür sein:

- Die Bevorzugung von Produktions- oder Drehorten, die mit der Bahn/dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erreichbar sind bzw. die über geeignete Unterbringungsmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe verfügen
- Logistische Optimierung von Transporten durch zeitliches oder räumliches Pooling
- Die Unterstützung der Bildung von Fahrgemeinschaften
- Der Einsatz einer lokalen bzw. kleinen Crew

Entscheidend ist auch die Wahl der Transportmittel. Flugreisen verursachen sehr hohe Treibhausgas-Emissionen und sollen, wo immer möglich, vermieden werden. PKWs, (Klein-) Transporter, Minibusse und LKWs verursachen ebenfalls hohe Treibhausgas-Emissionen. Die Nutzung von Fahrrädern und E-Bikes hingegen ist (nahezu) CO₂-neutral. Ansonsten ist die Bahn ist in der Regel das umweltfreundlichste Transportmittel. Sie emittiert im Schnitt 90 % weniger Treibhausgas-Emissionen als ein Flugzeug. Bahn, ÖPNV, Fahrräder und E-Bikes sollen daher genutzt werden, wo immer dies möglich ist.

III.1 Bei Zuschauerbeteiligung ÖPNV-Angebot

○ Soll-Vorgabe

Bei Studioproduktionen mit Zuschauerbeteiligung sollen, soweit möglich, den Zuschauer*innen entsprechend vergünstigte Mobilitätsangebote im ÖPNV unterbreitet werden. Dies kann zum Beispiel in Kombination mit den Eintrittskarten und durch Nutzung entsprechender Rabattangebote der regionalen Verkehrsbetriebe erfolgen.

III.2 Keine Flüge, wenn Bahnfahrt unter 5 Stunden

● Muss-Vorgabe

Inlands- und Auslandsflüge sind nicht gestattet, wenn die entsprechende Bahnfahrt weniger als fünf Stunden dauern würde. Produktionsseitig dürfen, außer wenn im Bild zu sehen, keine Privatjets eingesetzt werden.

III.3 Einsatz emissionsarmer PKW

● Muss-Vorgabe

Bei jedem vierten im Eigentum der Produktion befindlichen oder von dieser angemieteten/geleasten PKW (ohne Spielwagen) muss es sich um ein CO₂-reduziertes Fahrzeug mit geringen Feinstaub- und Stickoxidemissionen handeln*. Dies umfasst vollständig elektrisch angetriebene Fahrzeuge (möglichst unter Verwendung von Ökostrom), CNG-Fahrzeuge (möglichst unter Verwendung von Bio-CNG) sowie auch Hybridfahrzeuge (klassische Hybridfahrzeuge und Plug-in Hybrids, wobei Plug-in-Hybrids möglichst nur im E-Modus genutzt werden sollten).

**Ab 2024 gilt diese Anforderung für jedes dritte Fahrzeug; ab 2025 für jedes zweite Fahrzeug*

III.4 Einsatz emissionsarmer Minibusse, Transporter und kleiner LKW

○ Soll-Vorgabe

Bei jedem fünften im Eigentum der Produktion befindlichen oder von dieser angemieteten/geleasten PKW (ohne Spielwagen) muss es sich um ein CO₂-reduziertes Fahrzeug mit geringen Feinstaub- und Stickoxidemissionen handeln*.

Als solche gelten

- Vollständig elektrisch angetriebene Fahrzeuge (vorzugsweise Öko-Strom)
- Fahrzeuge mit Wasserstoff-Antrieb
- CNG-Fahrzeuge (vorzugsweise Bio-CNG)

Ausgenommen von dieser Regelung sind Spezialfahrzeuge mit aufwändiger integrierter Technik.

**Ab 2024 gilt diese Anforderung für jedes dritte Fahrzeug*

III.5 Einsatz emissionsarmer LKW über 7,5 Tonnen

○ Soll-Vorgabe

Bei jedem vierten im Eigentum der Produktion befindlichen oder von dieser angemieteten/geleasten LKW über 7,5t muss es sich um ein CO₂-reduziertes Fahrzeug mit geringen Feinstaub- und Stickoxidemissionen handeln. Als solche gelten:

- Vollständig elektrisch angetriebene Fahrzeuge (vorzugsweise Öko-Strom)
- Fahrzeuge mit Wasserstoff-Antrieb
- CNG-Fahrzeuge (vorzugsweise Bio-CNG)

Ausgenommen von dieser Regelung sind Spezialfahrzeuge mit aufwändiger integrierter Technik.

III.6 Nur Euro 6 Diesel

● Muss-Vorgabe

Wo Diesel-Fahrzeuge eingesetzt werden, müssen diese die Norm Diesel EURO 6 erfüllen. Ausgenommen sind Spezialfahrzeuge mit aufwändiger integrierter Technik oder mit speziellen aufwändigen Einbauten. Bis einschließlich 2024 sind in Bezug auf Transporter und LKW alle Bestandsfahrzeuge der Produktionsfirmen sowie der technischen Dienstleister, nicht aber Mietfahrzeuge, übergangsweise von dieser Muss-Vorgabe ausgenommen.

III.7 Ladung elektrisch angetriebener Fahrzeuge mit Ökostrom

○ Soll-Vorgabe

Für die Ladung der im Rahmen der Produktion verwendeten elektrisch angetriebenen Fahrzeuge (im Eigentum der Produktion befindlich oder von dieser angemietete/geleaste Fahrzeuge ohne Spielwagen) soll zu mindestens 30 % der Gesamtmenge zertifizierter Ökostrom verwendet werden.

IV. UNTERBRINGUNG UND VERPFLEGUNG

Fremdübernachtungen verursachen hohe Treibhausgas- Emissionen, wobei Hotelüber- nachtungen i. d. R. höhere Treibhausgas-Emissionen pro Nacht und Person verursachen als Übernachtungen in Apartments bzw. Ferienhäusern. Bei den Hotels können die Treibhausgas-Emissionen durch entsprechende Umweltmaßnahmen signifikant reduziert werden. Aus diesem Grund sollten, wo immer möglich, für Übernachtungen Apartments/Ferienhäuser oder Hotels mit ausgewiesenen Umweltmaßnahmen gebucht werden.

Wichtig ist dabei, dass sich diese Unterkünfte in räumlicher Nähe zur Produktionsstätte befinden.

Aber nicht nur die Unterbringung, sondern auch die Verpflegung während einer Produktion ist CO₂-relevant. Die derzeitige Produktion von Lebensmitteln verursacht einen erheblichen Anteil der weltweiten Treibhausgas-Emissionen. Insbesondere gilt dies für die Produktion von Fleisch, aber auch für den weltweiten Transport von Lebensmitteln und den Einsatz von künstlichen Düngemitteln und von Pestiziden. Durch eine Reduktion des Verzehrs tierischer Produkte und die gezielte Auswahl umweltfreundlich angebaute Vorprodukte können die Umweltbelastungen der Verpflegung wirksam reduziert werden.

IV.1 Mindestens 50 % umweltfreundliche Übernachtungen

● Muss-Vorgabe

Es müssen für mindestens 50 % der Übernachtungen Apartments/Ferienhäuser oder Hotels mit ausgewiesenen Umweltmaßnahmen gebucht werden, soweit diese im Umkreis von 15 Kilometern zur Produktionsstätte zur Verfügung stehen.

Als »Hotels mit ausgewiesenen Umweltmaßnahmen« gelten Hotels, die zumindest folgende Maßnahmen anbieten: Ökostrom, Energiesparmaßnahmen bei Heizung und Klima, Wassersparmaßnahmen und Mülltrennung.

IV.2 Verwendung von regionalen Lebensmitteln oder Bio-Lebensmitteln

● Muss-Vorgabe

Sofern die Verpflegung durch ein externes, separates Catering erfolgt, müssen

→ entweder die eingesetzten Lebensmittel aus den Bereichen Obst, Gemüse, Salate, Eier, Fleisch und Wurstwaren, Milchprodukte und Käse sowie Kaltgetränke gemessen am Einkaufspreis, zu mindestens 50 % (ab 2025: 70 %) regionaler Herkunft sein. Als regionale Lebensmittel gelten Lebensmittel, die im Umkreis von 150 km oder weniger vom jeweiligen Produktionsort erzeugt wurden.

→ oder die eingesetzten Lebensmittel zu mindestens 33 %, gemessen am Einkaufspreis, Bio-Lebensmittel mit einem EU-Bio-Siegel oder einem anerkannten deutschen Bio-Siegel ausgezeichnet sein.

IV.3 Vegetarisches Catering

● Muss-Vorgabe

Mindestens an einem Tag pro Woche muss bei externem, separatem Catering das Essensangebot rein vegetarisch sein.

IV.4 Information zur Verpflegung und Befragung zum Fleischkonsum

● Muss-Vorgabe

Das Team muss zu Drehbeginn von der Produktion über die ökologisch ausgerichtete Verpflegungsauswahl informiert und unter anderem durch eine Befragung zum Thema Fleischkonsum in diese Auswahl eingebunden werden.

IV.5 Kein Einweggeschirr

● Muss-Vorgabe

Einweggeschirr (Teller, Besteck, Becher etc.) und Einwegflaschen dürfen während der ganzen Produktion und Postproduktion nicht zur Verfügung gestellt werden.

IV.6 Bedarfsgerechte Ausgabe von Lebensmitteln

○ Soll-Vorgabe

Durch bedarfsgerechte Essensausgabe (nicht vorportionierter Mahlzeiten) wird vermieden, dass Lebensmittel weggeworfen werden.

V. MATERIALEINSATZ UND -NUTZUNG

Die Herstellung und Entsorgung der vielfach im Kulissenbau und in der Ausstattung nur einmalig genutzten Materialien binden große Mengen an natürlichen Ressourcen und setzen problematische Emissionen frei.

Insbesondere durch die wiederholte Materialnutzung im Rahmen unterschiedlicher Produktionen können die spezifischen Umweltlasten je Produktion deutlich gesenkt werden.

Der Einsatz von Recyclingmaterialien sowie die umweltorientierte Auswahl der Materialien sind weitere wirksame Handlungsansätze, die im Sinne einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft anzustreben sind.

V.1 Mehrfachverwendung Kulissen- und Dekomaterial

○ Soll-Vorgabe*

Kulissen, Dekorationsobjekte und Materialien sollen mehrfach verwendet werden. Dies kann zum Beispiel durch Lagerhaltung, Leih-Miete oder Second-Hand-Nutzung geschehen. Eine Kreislaufwirtschaft wird angestrebt. Der Anteil der für den Bau von Kulissen und Ausstattungen neu beschafften Materialien soll (ab 2025: muss) auf weniger als 50 % des gesamten Materialeinsatzes reduziert werden.

**ab 2025 Muss-Vorgabe*

V.2 Keine Einwegbatterien

● Muss-Vorgabe

Einwegbatterien dürfen während der ganzen Produktion sowohl am Set als auch in den Produktionsbüros und Studios nicht genutzt werden. Es müssen stattdessen wiederaufladbare Akkus zum Einsatz gebracht werden. Diese sollen möglichst recycelbar sein. Ausnahme: Minibatterien für In-Ear-Pieces.

V.3 Neues Holz nur mit FSC- oder PEFC-Siegel

● Muss-Vorgabe

Wenn neues Holz und neue Holzwerkstoffe verwendet werden müssen, müssen sie aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern stammen und mit dem FSC- oder PEFC-Siegel gekennzeichnet sein.

V.4 Keine Materialien mit Problemstoffen

○ Soll-Vorgabe

Materialien und Substanzen, die bei der Herstellung, Verarbeitung oder Entsorgung die Umwelt belasten wie Formaldehyd, PVC, lösemittelhaltige Farben, Styropor, Isocyanate und bromierte Flammschutzmittel (BFR) sollen nicht verwendet werden. Ausnahmen müssen im Abschlussbericht begründet werden.

V.5 Trennbare Verbindung zwischen Grund-Materialien

○ Soll-Vorgabe

Unterschiedliche Grundmaterialien sollen so zusammengefügt werden, dass sie sich im Rahmen der Entsorgung gut voneinander trennen und damit einem gezielten Recycling zugeführt werden können.

V.6 Wiederverwendung Kostüme

Kostüme sollen mehrfach verwendet werden. Dies kann zum Beispiel durch Fundushaltung, Leih-Miete oder Second Hand-Nutzung geschehen. Wo es sich eignet, sollen Protagonist*innen vor der Kamera nach Absprache die Möglichkeit erhalten, ihre eigene Kleidung zu verwenden. Auf den Kauf von Fast-Fashion und Discounter-Kleidung soll verzichtet werden. Die Transportwege von Kostümen und Requisiten sollen reduziert werden, indem möglichst regionale Anbieter genutzt werden.

● Muss-Vorgabe

Es muss von der/dem Kostümbildner*in bei allen für die Produktion benötigten Kostümen umfassend geprüft werden, ob diese gebraucht erworben oder aus dem Bestand erneut verwendet werden können anstatt sie neu zu kaufen.

V.7 Vermeidung von Einweg-Plastik

○ Soll-Vorgabe

Nur einmalig verwendetes Plastik soll generell in allen Bereichen vermieden und durch umweltfreundlichere Lösungen ersetzt werden. Es sollen Make-Up-Produkte ohne Mikroplastik verwendet werden.

V.8 Bevorzugt Material mit Recykat-Anteil

○ Soll-Vorgabe

Materialien, die einen Recykat-Anteil von über 50 % enthalten, sollen bevorzugt verwendet werden.

V.9 90 % Altfaseranteil im Papier

● Muss-Vorgabe

Falls Papier eingesetzt wird, muss Recycling-Papier mit einem Altfaseranteil von mindestens 90 % genutzt werden. Dies gilt für sämtliche Verbrauchsformen (Kopierpapier, Toilettenpapier, Küchenpapier, Umschläge, Papierhandtücher etc.) außer bei Requisiten und bei nachgewiesener technischer Notwendigkeit von 100%iger Farbechtheit im kreativen Prozess.

V.10 Trennvorgabe für Müllsortierung

● Muss-Vorgabe

Die Trennung des entstehenden Mülls muss an jeder Produktionsstätte (auch on location), in allen Studios und in sämtlichen genutzten Büros mindestens in der Kategorie Papier / Glas / Plastik bzw. Gelber Sack / Metall / Biomüll / Holz erfolgen. Wenn die regionalen Entsorger diese Kategorien nicht anbieten können, ist die Einhaltung abweichender Trennvorgaben nach Maßgabe der Entsorger zulässig. Die abweichenden Maßgaben sind zu belegen.

V.11 Trennung von Dekorationen vor Entsorgung

○ Soll-Vorgabe

Kulissen und Dekorationen, die nicht wiederverwendet werden, sollen bei der Entsorgung in ihre Hauptmaterialien getrennt werden (siehe Kriterium »V.1 Mehrfachverwendung Kulissen- und Dekomaterial«).

Aus insbesondere förderrechtlichen Gründen sind bundesgeförderte Produktionen zusätzlich verpflichtet,

- einen Anfangsbericht einzureichen. Dieser ist dem Antrag auf Filmförderung beizufügen und enthält auf Grundlage einer standardisierten Vorlage:
 - den Namen und die Beschreibung der Art der Qualifikation des/der für die Produktion zuständigen Green Consultant
 - die Ergebnisse der vorlaufenden CO₂-Bilanzierung (I.3)
 - die Darstellung der zur Umsetzung geplanten Maßnahmen
- im Abschlussbericht (I.5) neben den MUSS-Vorgaben auch über die Erfüllung der SOLL-Vorgaben zu berichten.



KONTAKT

Für Fragen und Unterstützung bei der Antragstellung stehen wir Ihnen sehr gerne zur Verfügung:

Jolinde Sawahn

Projektleitung
Auftragsverwaltung für die BKM

Tel: 030 27 577 - 153
Mail: sawahn@ffa.de

Kristin Holst

Teamleitung

Tel: 030 27 577 - 146
Mail: holst@ffa.de

Janine Rump

Förderreferentin

Tel: 030 27 577 - 149
Mail: rump@ffa.de

Isabell Heins

Förderreferentin

Tel: 030 27 577 - 145
Mail: heins@ffa.de

Ines Trentmann

Förderreferentin

Tel: 030 27 577 - 143
Mail: trentmann@ffa.de

Ulrike Stockhausen

Teamassistentz

Tel: 030 27 577 - 142
Fax: 030 27 577 - 155
Mail: stockhausen@ffa.de



Hausanschrift

German Motion Picture Fund | GMPF
c/o Filmförderungsanstalt | FFA
Friedrichstraße 153a
10117 Berlin

Postanschrift

German Motion Picture Fund | GMPF
c/o Filmförderungsanstalt | FFA
Große Präsidentenstraße 9
10178 Berlin



Stand: 23. Februar 2024

HERAUSGEBER:

Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien (BKM)

Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn

www.kulturstaatsministerin.de